

Was hat der LIP eigentlich gebracht?



Der Lokale Integrationsplan (LIP) wird aktualisiert.



Beim Auftakt am 18. Januar gab die Stadt im Haus der Jugend den offiziellen Startschuss zur Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans.

Projektträger*innen des 11. Ideenwettbewerbs des „Gesellschaftsfonds Zusammenleben und andere Organisationen ziehen Bilanz und sagen, wo Hand angelegt werden muss.



GFZ-Kuratorin Dr. Koralia Sekler

GFZ-Ideenwettbewerb 2019: Die Kuratorin des Gesellschaftsfonds lädt zur Auseinandersetzung mit den Ergebnissen ein.

Im Jahr 2008 beschloss der Rat der Landeshauptstadt Hannover den Lokalen Integrationsplan (LIP). Seine Entstehung wurde durch den dafür eingerichteten Lokalen Integrationsrat intensiv begleitet. Der gesamte Erstellungsprozess erfolgte unter einer starken Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt und zeichnete sich durch eine breite, durch die Öffentlichkeit begleitete Diskussionsphase aus, deren Ergebnisse sich in den Hauptfeldern Bildung, Wirtschaft, Soziales, Stadtleben, Demokratie und Stadtverwaltung wiederfanden. Demzufolge ist der LIP ein Gemeinschaftsprodukt der Stadtverwaltung, -politik und -gesellschaft.

Die darin beinhaltete Zusammenstellung damaliger Maßnahmen, Projekte und Initiativen der Stadt sowie neuer Ideen und Handlungsfelder wird nun nach zwölf Jahren überarbeitet.

Der Gesellschaftsfonds Zusammenleben der Landeshauptstadt Hannover (GFZ) greift seit seinem Bestehen Themen des LIP auf und bezieht sich darauf in seinen Ideenwettbewerben.

Die Jury des GFZ widmete sich 2018 in ihrem XI. Ideenwettbewerb „Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan – Wie soll es weitergehen?“ dem Rückblick auf zehn Jahre LIP.

Die zentralen Fragen waren:

- Wie wurde der LIP in Hannover umgesetzt?
- Wie sind die Handlungsansätze realisiert worden?
- Welche davon wurden nicht weiterverfolgt?
- Was wissen die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt über den LIP?
- Welche Bedeutung hat der LIP für die Stadtteile/Stadtbezirke und Integrationsbeiräte?
- Welche Ziele sollen bei der Fortschreibung des LIP unbedingt berücksichtigt werden?
- Welche Erfahrung machten die Projektträger mit dem Gesellschaftsfonds Zusammenleben als Teil des LIP?

Der Rückschauprozess erfolgte unter aktiver Beteiligung der Stadtgesellschaft in Workshops, Konferenzen, Diskussionsforen und moderierten Gesprächen. Die Ergebnisse sind als Poster durch die Projektträger aufgearbeitet und in der

Auftaktveranstaltung zum LIP 2.0 präsentiert worden. Die GFZ-Jury freut sich über diese hohe Expertise der Beteiligten und bedankt sich bei allen dreizehn, durch den GFZ geförderten Projektträgern für ihren qualitativen Beitrag zur Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans. Ein zusätzlicher Dank gilt dem Runden Tisch für Gleichstellung – gegen Rassismus, Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover, gEMiDe e.V. und Janusz Korczak – Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V. für ihre Anregungen, die in dieser Publikation ebenfalls zu finden sind.

Mit der Ihnen vorliegenden Broschüre möchten wir die Stadtgesellschaft, die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung dazu einladen, sich an dem Überarbeitungsprozess unseres zukünftigen Gemeinschaftsproduktes aktiv zu beteiligen. Das Ziel sollte ein gemeinsamer Handlungsplan für Gleichstellung und bessere Teilhabe aller in Hannover lebenden Menschen sein!

MiSO e.V. fordert Integrationsrat

Was wurde geschafft, wo steht Hannover gerade und wo sind noch Baustellen?

Beim Zukunftskongress am 15.6.2019 wurde der Lokale Integrationsplan (LIP) unter die Lupe genommen. Gastgeber waren das MiSO-Netzwerk, Faust e.V. und kargah e.V. Durch Vorträge und Podiumsdiskussionen erhielten 120 Teilnehmer*innen einen tiefen Einblick, was der LIP bewirkt hat und wo man noch nachbessern muss. Mehr dazu auf [Seite 3, 4 und 5](#).

Politik theatralisch unterrichten

Studierende des Instituts für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover (IPW) vermitteln politische Bildung durch Theater.

Normalerweise befassen sich die Studierenden des IPW mit grauer Theorie und Statistiken. Doch Politische Bildung und Kunst schließen einander nicht aus. So dürfte es eine willkommene Abwechslung gewesen sein, als die Student*innen zusammen mit Geflüchteten ein Theaterstück inszenierten, das sie Mitte letzten Jahres auf mehreren Bühnen aufführten. Wie die Projektleiterin Prof. Dr. Christiane Lemke dafür sorgte, dass es nicht bei den Aufführungen blieb und die Welt noch in Zukunft davon profitieren kann, erfahren Sie auf [Seite 6](#).

Märchenkoffer e.V.: „Jedes Kind hat ein Recht auf umfassende Bildung“

Kinder und Jugendliche diskutierten über Mehrsprachigkeit.

Wenn man Kinder sieht, die sich schon im Vorschulalter wie selbstverständlich in zwei oder mehr Sprachen ausdrücken können, könnte man als einsprachig aufgewachsener Mensch fast neidisch werden. Doch Mehrsprachigkeit kann – wenn sie nicht schon frühzeitig professionell gefördert wird – auch anstrengend sein. Mit Märchenkoffer e.V. diskutierten Kinder und Jugendliche über ihre Erfahrungen, Versäumnisse und was ihre Lehrer und Eltern besser hätten machen können. Mehr dazu auf [Seite 15](#).

„Bei uns in der Nähe gibt es eine ältere Dame, die den Kindern Polnisch beibringt. Aber da heißt es in der Regel: sitzen, zuhören, schreiben. So stelle ich mir den Lernprozess nicht vor.“

Bulgar(i)en e.V.: „Osteuropäische Arbeitnehmer*innen werden ausgebeutet!“

80 Bulgar*innen beteiligten sich an einer Befragung – die Ergebnisse sind alarmierend.

Der Verein Bulgar(i)en in Hannover e.V. befragte in Hannover lebende Bulgar*innen und gab einen Einblick, wo die bulgarische Community beim Thema Teilhabe steht und wo noch Baustellen sind. Viele Arbeitnehmer*innen im Niedriglohnsektor arbeiten 12 Stunden am Tag – da bleibt nicht viel Zeit übrig, um das Stadtleben aktiv mitzugestalten. Warum Osteuropäer*innen es schwer haben, Deutsch zu lernen, erfahren Sie auf [Seite 11](#).

Die Projektträger*innen des elften Ideenwettbewerbs des Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ) hielten ihre Ergebnisse auf Großplakaten fest, die bei der Auftaktveranstaltung am 17. Januar im Haus der Jugend in Form einer Poster-Präsentation mit den Teilnehmer*innen diskutiert und erklärt wurden. Für diese Poster-Präsentation wurden die Projekte aufgeteilt in vier Themeninseln. Kargah, MiSO, Faust und Tolstoi e.V. zum Beispiel veranstalteten gemeinsam einen großen Zukunftskongress und diskutierten grundsätzliche Fragen. Deshalb bilden sie zusammen



Oberbürgermeister Belit Onay eröffnet die LIP 2.0-Auftaktveranstaltung am 17.1.2020

Institut für pädagogische Professionalität qualifiziert Geflüchtete zu Brückenbauer*innen

Warum sollte man Potenzial brach liegen lassen? Vertrauen in Behörden und das Rechtssystem kann nur durch Begegnungen aufgebaut werden.

Was man als neu eingereiste*r Geflüchtete*r meisterhaft beherrschen sollte – egal wie qualifiziert und motiviert man sein mag – ist das Warten. Auf Bescheide, auf eine Arbeitserlaubnis, auf vielleicht lebensverändernde Entscheidungen der Behörden. Diese Passivität beendete das Institut für pädagogische Professionalität e.V. mit dem Projekt „ViP im LIP“ und motivierte die Betroffenen, sich aktiv einzubringen. Wie das geht, erfahren Sie auf [Seite 10](#).

Zu wenig Wertschätzung trotz ausgezeichneter Fachexpertise?

Die Delegierten der Integrationsbeiräte kritisierten, dass man sie kaum wahrnimmt, und stellen ihre eigene Funktion in Frage.

Die Integrationsbeiräte (IBR) befassten sich im Rahmen ihres GFZ-Projekts mit dem Lokalen Integrationsplan, auf dessen Grundlage sie entstanden sind. Die IBR sind an die Stadtbezirksräte angegliedert und in ihren jeweiligen Stadtteilen aktiv. Im Forum ihrer gemeinsamen Delegiertenkonferenz diskutierten sie ihre Ergebnisbilanz der letzten zehn Jahre und kamen zu ernüchternden Ergebnissen. Lesen Sie weiter auf [Seite 18](#).

Mehr Aufklärung und weniger Bürokratie!

„Integration ist keine Einbahnstraße.“

Auf der Facebookseite „Die Lounge Hannover“ wurden Neueinwanderer*innen gefragt, welche Teilhabeangebote in Hannover sie kennen und welche sie nutzen. Warum die Stadtgesellschaft mehr tun muss, erfahren Sie auf [Seite 9](#).

Türkische Gemeinde in Niedersachsen bildet Multiplikator*innen aus Demokratische Partizipation war Weg und Ziel zugleich.

Die Türkische Gemeinde in Niedersachsen beschäftigte sich mit der Frage, wie man eine bessere Bürger*innenbeteiligung erreichen kann. Auf verschiedenen Veranstaltungen wurde überlegt, wie man bestehende Projekte besser untereinander vernetzen kann. Mehr dazu auf [Seite 13](#).

Lebensqualität durch Bildung

Schmitt e.V. führte vier Projekte im Stadtteil Mittelfeld durch.

Wer das friedliche Miteinander stärken möchte, muss nicht weit fahren – Schmitt e.V. hat bewiesen, dass man am besten vor der eigenen Tür anfängt. Der Verein führte vier Projekte in Mittelfeld durch und verwandelte das „Nebeneinander“ in ein „Miteinander“. Mehr dazu auf [Seite 19](#).

Schmitt e.V.: „Was heißt ‚Willkommen sein‘ im Alltag?“

Hakili-So e.V. produziert Film zur Sensibilisierung Was ist eigentlich „Critical Whiteness“? In einer Workshopreihe wurden u.a. Interviews mit den Teilnehmenden geführt, aus denen ein Dokumentarfilm entstanden ist.

Hakili-So e.V. sensibilisierte Jugendliche für Themen wie Rassismus und Diskriminierung und qualifizierte sie mit Workshops, damit sie Betroffene in ihrem direkten Umfeld unterstützen können. Wie das geht und was dabei herauskam, erfahren Sie auf [Seite 14](#).

Tolstoi e.V. fordert kommunales Wahlrecht auch für Ausländer*innen Wer hier lebt, soll auch hier wählen dürfen.

Tolstoi lud ein, um über den LIP zu reden. In den sechs Diskussionscafés wurden allerhand Themen bearbeitet. Dabei ging es um freie Meinungsäußerung, Antidiskriminierung und Begegnungsräume. Was die Teilnehmer*innen zu den Integrationsbeiräten zu sagen hatten, lesen Sie auf [Seite 7](#).

eine Themeninsel. Andere Projektträger*innen setzten thematische Schwerpunkte und wurden unterteilt in die Themeninseln „Beteiligung“, „Jugend“ und „Stadtteilarbeit“. Da auch vier weitere Organisationen, die nicht am GFZ-Wettbewerb teilgenommen hatten, ihren Beitrag zur Auftaktveranstaltung leisten wollten und ebenfalls Poster abliefern, wurden sie mit Einverständnis der GFZ-Jury ebenfalls in die vorliegende Zusammenstellung aufgenommen. Ihre Beiträge sind am blauen Kopf- und Fußdesign der entsprechenden Poster kenntlich.

LIP-Zukunftskongress 2019 · Projektphase I

Projektträger*innen und Zielsetzung

Das Projektkonzept der Kooperationspartner FAUST e. V., kargah e. V. und MiSO-Netzwerk Hannover e. V. (MiSO) sollte es ermöglichen, den bestehenden Lokalen Integrationsplan (LIP) zu evaluieren und konstruktive Vorschläge und Forderungen hinsichtlich der Weiterentwicklung des LIP zu erarbeiten. Einbezogen wurden Interessierte und Expert*innen der lokalen Politik und Verwaltung, der Zivilgesellschaft und der lokalen Migrant*innenSelbstOrganisationen (MSO).



MiSO
MigrantInnenSelbstOrganisationen-
Netzwerk Hannover e.V.

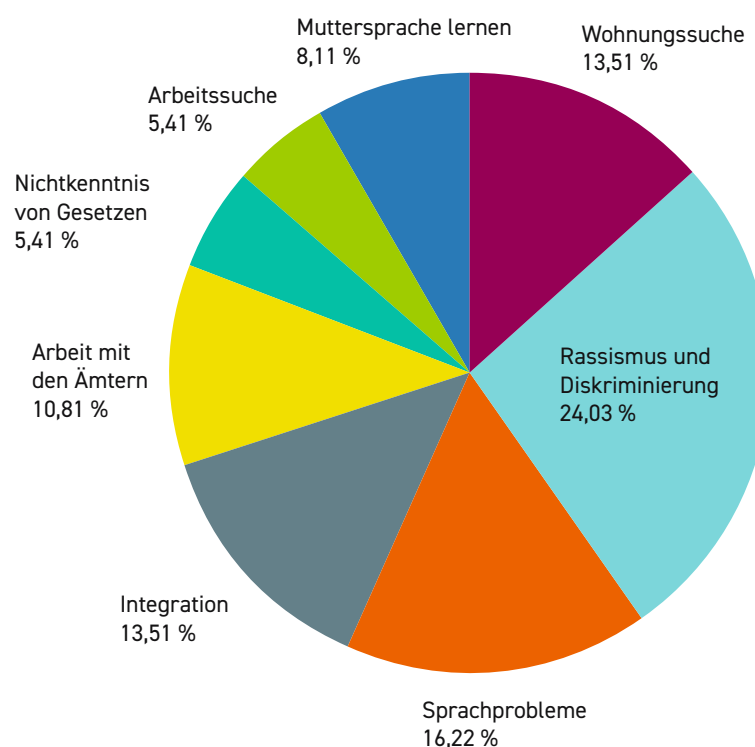
Projektschwerpunkt MiSO e.V.

Gemäß den Vorgaben des Ideenwettbewerbs und unter Einbeziehung der Themenschwerpunkte des LIP war es Aufgabe von MiSO, bei möglichst vielen MSO in Hannover die jeweilige Kenntnislage zum LIP zu erkunden, Wissen hinsichtlich des LIP zu vermitteln, vorhandene Kritik am bestehenden LIP und Bedarfe hinsichtlich der Weiterentwicklung des LIP aufzunehmen und die MSO zur Teilnahme am Zukunftskongress zu motivieren.

Methoden MiSO e.V.

Die Aufgabe wurde einerseits durch eine umfassende Befragung der MSO mittels eines Fragebogens und diverse kleinere Workshops umgesetzt. Ein wichtiges Ergebnis war, dass sich fast alle Befragten migrant*innenspezifischen Alltagsproblemen ausgesetzt sieht, insbesondere in puncto Rassismus, (institutioneller) Diskriminierung, Sprache und Integration.

Hauptprobleme für Migrant*innen



Projektgesamtergebnisse nach Handlungsfeldern des LIP:

Voraussetzungen für eine inklusive Weiterentwicklung des LIP

- Bestandsaufnahme zur Lage der Integration in Hannover
- Stärkung der Beteiligung der MSO am LIP durch redaktionelle Mitbestimmung
- Vielfalt und Teilhabe als Gesamtkonzept / Leitgedanken des LIP
- Breite Öffentlichkeitsarbeit zum LIP, Vermittlung der Inhalte und Möglichkeiten, Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Konzepterarbeitung
- Regelmäßiges Controlling des LIP durch unabhängige Kommission unter Beteiligung von Migrant*innen
- Schaffung konkreter Beteiligungsformen am LIP
- Anpassung des LIP an Lebenssituationen der Migrant*innen
- Klare Definition der Aufgaben und Funktionen von MSO, Stadtverwaltung u. a.
- Einbindung der mit den Flüchtlingen arbeitenden Institutionen, Initiativen und Akteur*innen
- Präsentation der Forderungen von Flüchtlingen und MSO in einem gemeinsamen Forum unter Beteiligung des Stadtrates (politische Entscheidungsträger*innen) und der Verwaltung

1. Bildung

- Bedarfsorientierte Weiterbildung für Migrant*innen
- Anerkennung von MSO-Bildungsorganisationen
- Finanzielle Sicherung der Bildung für Flüchtlinge / Migrant*innen durch MSO-Bildungsträger
- Förderung informeller Bildung
- Forderung nach einem Runden Tisch von Bildungseinrichtungen und MSO
- Weiterbildung für Migrant*innen aller Alters- und Statusgruppen
- Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Ausbildungen und Abschlüssen für schnelleren Zugang zum deutschen Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt
- Mehrsprachige Informationen über Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten
- Zeitnahe Vermittlung in Ausbildung, Weiterbildung, Praktika und Arbeit
- Schulung der interkulturellen Kompetenz von Lehrenden
- Förderung der Grundbildung wie Mathematik und Informatik und der Allgemeinbildung
- Gezielte Begleitangebote zu Weiterbildungskursen (Kinderbetreuung / sozialpädagogische Betreuung)

- Nachhilfe, intensivere Beratungsangebote und langfristige Begleitung von Geflüchteten
- Motivierung durch Anerkennung von Teilergebnissen (Erfolgsereignis) Sprache
- Gezielte Förderung mehrsprachiger Kitas
- Verstärkte Förderung muttersprachlicher Bücher für Kinder
- Bedarfsgerechte Unterstützung migrantischer Eltern, damit diese die Schulausbildung ihrer Kinder fördern können
- Vermehrte Förderung von Sprachlernklassen und Muttersprache in den Schulen
- Erweitertes Angebot von Sprachvermittlung
- Gezielte berufsspezifische Sprachförderung
- Anpassung der Sprachkurse an individuelle Vorkenntnisse und Fähigkeiten
- Gezielte Förderung von Tandem-Programmen
- Informationen über Kommunikationskurse
- Förderung der Kommunikation mit deutschen Muttersprachler*innen
- Infragestellung der Fixierung auf B1
- Realistische zeitliche Erwartungshaltung in puncto Spracherwerb

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrungen für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

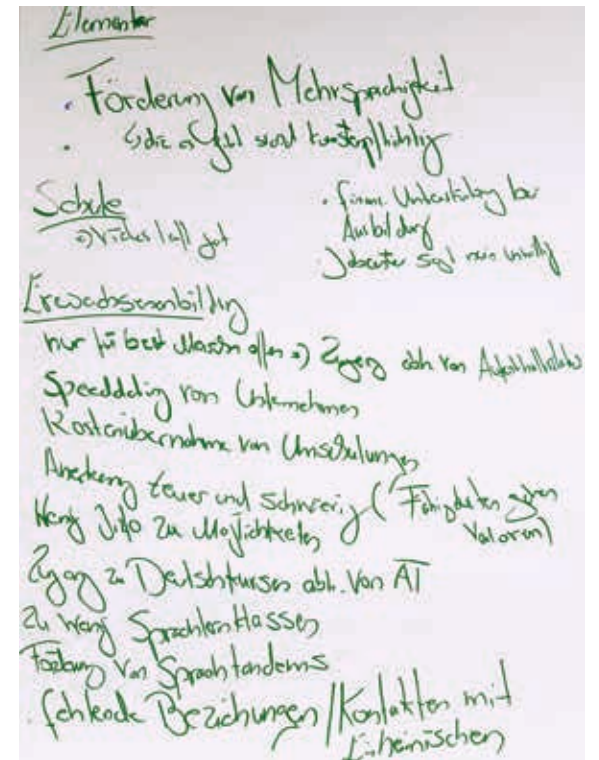
LIP-Zukunftskongress 2019 · Projektphase II

Projektschwerpunkt kargah e.V.

Der kargah e.V. führte im Rahmen des Projekts unter Zuhilfenahme vielfältiger Methoden drei Diskussionsveranstaltungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Teilnehmer*innenzusammensetzungen durch, um den bestehenden LIP aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und kritisch zu beleuchten. Dabei wurde besonderer Wert auf die Diversität der Herkunft und Lebensumstände der Teilnehmenden gelegt, um ein möglichst breites Spektrum an Betrachtungsweisen und Erfahrungshintergründen einbeziehen zu können.

Workshops kargah e.V.

1. Austausch mit dem Integrationsbeirat Lindener über den Lokalen Integrationsplan
2. Anregungen zur Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans (LIP) aus der Perspektive von Geflüchteten und Ehrenamtlichen
3. Chancen von Geflüchteten in Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung des LIP



Projektgesamtergebnisse nach Handlungsfeldern des LIP:

2. Wirtschaft

- Arbeiterlaubnis für Migrant*innen aller Statusgruppen
- Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
- Aufklärung über Arbeitnehmerrechte
- Mehrsprachige Informationen
- Gezielte Förderung von Projekten wie Speed Dating zwischen Firmen, die Ausbildungsplätze anbieten, und Geflüchteten, die einen Ausbildungsplatz suchen
- Sinnvolle und zeiteffiziente Maßnahmen des Job-Centers
- Führerschein in allen Sprachen
- Umfassende Beratung zu Existenzgründungen, logistische und finanzielle Unterstützung
- Recht auf mehrere Beschäftigungsverhältnisse
- Gleichstellung der Löhne von Migrant*innen und Deutschen
- Abschaffung des Arbeitsnachweises für Familiennachzug

3. Soziales

- Schaffung von interkulturell kompetenten Beratungsstellen
- Förderung von gemeinsamen und betreuten Begegnungsorten, um den häufig isolierten Geflüchteten Kontakt zu Deutschen zu ermöglichen
- Unterstützung für alleinerziehende Mütter
- Vereinfachung des Nachzugs von Familienangehörigen
- Reale Wertschätzung der Migrant*innen, Beteiligung mit erfahrbarer Wirkung
- Strukturen der Selbstorganisation von Flüchtlingen und Flüchtlingshilfe stärken
- Persönliche Kontakte zu Geflüchteten durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen
- Bessere Kontaktmöglichkeiten der Geflüchteten zur Zivilgesellschaft
- Schaffung mehrsprachiger Begegnungsorte

4. Stadtleben

- Bedürfnisorientierte Wohnungspolitik
- Wohnquartierbezug als wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration
- Möglichkeit des Verbleibs im Stadtteil
- Mehr Privatsphäre und Selbstbestimmung in den Flüchtlingsunterkünften
- Schnellerer Übergang von Flüchtlingsunterkünften in eigenen Wohnraum
- Mehr Unterstützung beim Umzug von der Flüchtlingsunterkunft in Wohnungen
- Vermehrte Bereitstellung von Wohnraum für sozial Schwache und Geflüchtete

LIP-Zukunftskongress 2019 · Projektphase II

Projektschwerpunkt Faust e. V.

Im Rahmen der Projektleitung oblag es dem Kulturzentrum Faust e. V. sowie dem kargah e. V., einen ganztägigen öffentlichen Zukunftskongress zum LIP zu konzipieren und organisieren. Die Erkenntnisse der ersten Projektphase unter Leitung der Kooperationspartner MiSO e. V. und kargah e. V. bildeten eine Grundlage des Kongresses, der sich an MSO, öffentliche Akteur*innen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen richtete. In Form von Podiums- und Publikumsdiskussionen und diversen themenspezifischen Workshops wurde der LIP unter den drei Schwerpunkten Demokratie, Stadtleben und Erwachsenenbildung evaluiert und mögliche Perspektiven entwickelt. Etwa 120 Personen aus den verschiedensten Zusammenhängen nahmen an der Veranstaltung teil. Im Anschluss an den Kongress wurde eine Dokumentation mit sämtlichen Projektergebnissen erstellt und veröffentlicht.



Projektgesamtergebnisse nach Handlungsfeldern des LIP:

5. Demokratie

Partizipation und Mitbestimmung

- Wir fordern nachdrücklich, dass Migrant*innen nicht nur als Ideengeber, sondern als aktiv Mitgestaltende und Entscheidungsbeteiligte fungieren können. In dieser Funktion sollten Migrant*innen nicht länger nur ausschließlich ehrenamtlich tätig sein, sondern mit eigens dafür bereitgestellten finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen und in allen Gremien und Räten der öffentlichen Verwaltung und der Stadt
- Einsetzung des geplanten Integrationsrats
- Umwandlung des Internationalen Ausschusses in einen Ausschuss besonderen Rechts
- Fortschreibung des GfZ, bedeutsame Aufstockung der Fördergelder
- Erweiterung der formalen Kompetenz der Integrationsbeiräte – politische Mitbestimmung
- Formale Beteiligung der Integrationsbeiräte an Stadtentwicklungsthemen
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrant*innen
- Erleichterung der Einbürgerung
- Einbindung von Jugendlichen in politische Prozesse
- Institutionelle Förderung aller aktiven MSO
- Bereitstellung kostenloser Räume für Treffen und Aktionen von MSO

- Hilfestellung für MSO bei der Beantragung von Projektgeldern
- Finanzielle und logistische Unterstützung der migrantischen Öffentlichkeitsarbeit
- Schaffung einer LHH-Webseite zur Veröffentlichung von MSO-Themen und -Veranstaltungen
- Unterstützung von Begegnungsorten und Dialogmöglichkeiten, Initiierung niedrigschwelliger Diskussionsveranstaltungen
- Muttersprachliche Informationsveranstaltungen der Stadt für Migrant*innen
- Anwendung kreativer Formen der Informationsvermittlung, Mut zu neuen Formaten

Rassismus und Diskriminierung

- Gezielte Aufklärung der Zivilgesellschaft – Migrant*innen sind gleichberechtigte Mitbürger*innen
- Entsprechend breite Aufklärung der Gesamtbevölkerung durch Bildung
- Anerkennung und Sichtbarmachung der gesamtgesellschaftlichen Leistung von Migrant*innen
- Gezielte Maßnahmen gegen Rechtspopulismus, Alltagsrassismus und institutionelle Diskriminierung

6. Stadtverwaltung

- Weitere Verbesserung der Kommunikation / des Informationsflusses zwischen Behörden und MSO
- LIP soll wieder zur Chefsache gemacht werden: Ansiedlung auf OB-Ebene
- Migration als Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Einführung einer Quote für Mitarbeiter*innen mit Migrationserfahrung
- Vorantreiben der interkulturellen Kompetenz der Stadtverwaltung: verpflichtende Schulungen aller Fachbereiche in interkultureller / interreligiöser Kompetenz
- Solange Mehrsprachigkeit innerhalb der Verwaltung fehlt: Schaffung eines kostenneutralen, flexiblen und sprachlich breiten Übersetzer*innen- und Dolmetscher*innen-Pools
- Generelle Informationen in leichtverständlichem Deutsch
- Einführung einer Beschwerdestelle für Migrant*innen, wo diese in ihrer Muttersprache Beschwerde führen können
- Stadtverwaltung muss ein zentrales Organ für den LIP-Prozess sein – Strukturen zum LIP müssen auch in der Verwaltung entwickelt werden
- Begleitung der Umsetzung des neuen LIP durch ein Gremium außerhalb der Verwaltung
- Langfristige Sicherung wichtiger Strukturen (Bildungslots*innen, Vormundpat*innenschaften für Geflüchtete, etc.) durch Institutionalisierung
- Prüfung städtischer Ausgaben hinsichtlich des anteilig gerechten Nutzens für Migrant*innen

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrungen für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Nicht nur GFZ-Förderung sondern auch Politikpräsenz und ein gelebter LIP mit aktiver Unterstützung und offenen Diskussionsprozessen

Institut für Politische Wissenschaft

Arbeitsbereich internationale Beziehungen
Leibniz Universität Hannover
Prof. Dr. Christiane Lemke

GFZ-Projekte – Impulse für die Integration

- „Politik theatralisch unterrichten“
- „Bretter, die die Welt bedeuten: Die Rolle des darstellenden Spiels in der Integration als Handlungsfeld im Lokalen Integrationsplan“



„Politik theatralisch unterrichten“

Unter diesem Titel wurde im Zeitraum Oktober 2017 bis Februar 2018 ein GFZ -Projekt im Rahmen des 10. Ideenwettbewerbs geplant und durchgeführt. Ziel war es, für Migranten und Geflüchtete gemeinsam mit Studierenden aus Hannover im kreativen Schreiben und Theaterspielen politische Bildung zu erlangen und aus dem Mosaik unterschiedlicher biografischer Erfahrungen das Bild eines politischen Gemeinwesens zu entfalten. Die anschließenden Theateraufführungen mit dem Titel „Die Insel“ fanden am 31. Mai 2019 im Freizeithaus Vahrenwald und am 03. und 06. Juni 2019 im Kulturzentrum Faust in der Region Hannover statt. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Projektes wird ein Buch mit dem Titel „Politik und Theater als Weg zur Integration“ von Prof. Dr. Christiane Lemke und Dr. Amalia Sdroulia verfasst und im LIT Verlag publiziert.



Theateraufführung "Die Insel", Freizeithaus Vahrenwald, 31.05.2019

„Bretter, die die Welt bedeuten: Die Rolle des darstellenden Spiels in der Integration als Handlungsfeld im Lokalen Integrationsplan“

Das Projekt dient der Vorbereitung und Durchführung eines Symposiums, das den Lokalen Integrationsplan (LIP) der Landeshauptstadt Hannover reflektieren und bewerten soll. Grundlage des Projektes sind wissenschaftliche Untersuchungen zur Integration auf kommunaler Ebene sowie Erfahrungen mit der Integrationsarbeit von Projektträgern, die in den letzten Jahren vom Gesellschaftsfonds Zusammenleben in der Landeshauptstadt Hannover gefördert wurden. Das Projekt verfolgt eine interdisziplinäre Perspektive aus Theater- und Politikwissenschaften und bezieht Ergebnisse aus qualitativen Interviews mit den Projektlernenden mit ein, in denen ermittelt werden soll, welche Erfahrungen sie schon mit der Integration gesammelt und welche Erwartungen sie an Integration zukünftig haben.

Erfahrungen der Projektträger mit dem GFZ

„Dass es diese gegenseitige menschliche Ebene gibt, das ist unbeschreiblich, was GFZ uns ermöglicht hat (...). Ich kann nicht kritisieren. (Die) Jury ist toll also, wenn man Unterstützung braucht (...) und dann sie unterstützen auch tatsächlich. Es ist nicht so „gucken wir mal“ und auch die Verwaltung ist genau richtig, weil durch die Verwaltung (wir) auch viel Unterstützung bekommen, also wenn wir Fragen haben (...). Deswegen gehört GFZ zu unserem Leben.“

Erfahrungen der Projektträger mit dem LIP

„Der LIP ist ein Stück Papier – steht da unten auch drin schön gedruckt. Aber der LIP lebt nicht. Und im Grunde genommen lebt der LIP durch den GFZ, durch die Projekte, die damit gefördert werden, all diese Jahre (...). Der LIP ohne GFZ und ohne eine Förderung ist ein Buch wie viele andere (...). Also, wenn sie den LIP ins Leben bringen wollen, dann müssen sie das mit Projekten machen. Nur dann ist es ein gelebter LIP, eine gelebte Integration. Sonst ist es eine geschriebene. Aber wenn sie etwas bewegen wollen, dann müssen sie etwas tun (...) zum einen mit Engagement verbunden und zum zweiten mit Geld.“

Beitrag zur Umsetzung des Lokalen Integrationsplans (LIP)

Die Kombination zwischen Theaterspiel und szenischem Schreiben im Fach Politik hat einen starken Bezug zu den Inhalten des Lokalen Integrationsplans (LIP) in der Landeshauptstadt Hannover, dessen zentrale Aufgabe das Aneignen politischen Wissens ist. Nach dem Projekt erhöhten sich die Chancen der Teilnehmenden auf Arbeit und selbstständiges Leben in Deutschland. Durch die Beteiligung verschiedener Akteure und Institutionen im Projekt entstand eine Verknüpfung von Theorie und Praxis sowie eine gelungene Netzwerkarbeit. Mit dieser Vernetzung erweiterten sich die Partizipationsmöglichkeiten der Lernenden in Institutionen und Vereinen. Kulturelle Pluralität sowie interkulturelle Kompetenz wurde gelebt und weiterentwickelt. Damit wurde ein Beitrag für ein besseres Zusammenleben in der Region Hannover geleistet.

Ergebnisse qualitativer Interviews bezüglich der Rolle von GFZ und LIP

1. GFZ-Projektträger machen durch künstlerische und kreative Projekte den kritischen Umgang mit Integration schmackhafter und schmerzloser.
2. Integration geschieht durch Schreiben, Sprechen, Hören, Sehen, Spielen, Malen, Fotografieren eigener gelebter Biografien und nicht durch langes Diskutieren darüber.
3. „Das Private ist politisch“ bestätigt sich im individuellen ehrenamtlichen Engagement der Einzelnen durch gemeinsame Gestaltung von Politik.
4. Das Problem der Integration erledigt sich also nicht allein durch die GFZ-Förderung, sondern durch Politikpräsenz und einen gelebten LIP mit aktiver Unterstützung und offenen Diskussionsprozessen.
5. Gemeinsame Stärke und Abbau gegenseitiger Entfremdung zwischen Einheimischen und Migranten, zwischen Politik und Vereinen, Institutionen, Organisationen könnten zur Neudefinition von Integrationspolitik führen.



Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

1. Eine Aufgabe des LIP wäre, zukünftig kreative Projekte zur politischen Teilhabe und interkulturellen Förderung zu unterstützen.
2. Eine Kooperation zwischen der Stadt und der Universität wäre ein Impuls für Demokratie und Integrationsförderung.
3. Integrationspolitik setzt politischen Willen voraus, aktive Teilhabe von Migranten zu fördern.



Konferenz am 28.06.2019
von links: M.G. Behrendt, R. Kramarek, C. Lemke, I. Lange, M. Pejic

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Kurz & knapp: Ihre wichtigste Erkenntnis zum LIP

Vielfalt verbindet LIP bewegt

6 Diskussionscafés

behandelten kontroverse kommunalpolitische
Themenkomplexe rund um Integration und Beteiligung

www.tolstoi-hannover.de

Das Projekt wurde entwickelt
und durchgeführt von:



In Kooperation mit:



I. DISKUSSIONSCAFÉ

Demokratie: Beteiligung, Einbürgerung und Antidiskriminierung — brauchen wir eine Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Verwaltung?

Wichtigste Ergebnisse der Diskussionen:

- Thema Demokratie: Die Empfindung tendiert oft dazu, dass eine echte Meinungsfreiheit in Deutschland nicht gegeben ist
- Thema Beteiligung und Einbürgerung: Es sollte ein kommunales Wahlrecht für alle Migrant*innen geben, ähnlich, wie für EU-Bürger
- Thema: Diskriminierung: Vielfältige und teilweise erschreckende Erfahrungen. Nach wie vor ist der Handlungsbedarf groß

II. DISKUSSIONSCAFÉ

Bildung: Von der Grundschule bis zur Erwachsenenbildung — welche Bildungswege sind möglich?

Wichtigste Ergebnisse der Diskussionen:

- Das Schulsystem in Deutschland wird oftmals als kompliziert und ungerecht empfunden
- Beim Thema Chancengleichheit besteht erheblicher Nachholbedarf
- Diskriminierungserfahrungen auch im Schulalltag

III. DISKUSSIONSCAFÉ

Leitlinien der städtischen Integrationspolitik — was übernimmt die Stadtverwaltung, worin werden Migranten beteiligt?

Wichtigste Ergebnisse der Diskussionen:

- Ideen, Anregungen und ehrenamtliche Arbeit von MSO werden von der Stadt begrüßt, doch eine echte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen ist immer noch nicht gegeben
- Faktisch geschieht eine Art Abwertung von Zielgruppen der MSO durch die Stadt, was die MSO stetig ausdürt

IV. DISKUSSIONSCAFÉ

Soziales: Senioren und Seniorendienste — welche Angebote werden noch gebraucht?

Wichtigste Ergebnisse der Diskussionen:

- Zahlreiche Angebote für Senior*innen sind vorhanden
- Insbesondere Initiativen aus migrantischen Kreisen zeichnen sich durch eine enorme Vielfalt und Kreativität aus, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes und freudvolles Leben beschert.

V. DISKUSSIONSCAFÉ

Stadtleben: Kultur, Religionen und Sport — wie können diese Bereiche mehr untereinander kooperieren?

Wichtigste Ergebnisse der Diskussionen:

- Es muss viel mehr getan werden, um Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld herauszulocken und für neue Erfahrungen zu interessieren
- Insbesondere Migrant*innen verhaften oft in festen Gewohnheiten, von denen sie sich nur schwer lösen können

VI. DISKUSSIONSCAFÉ

Soziales: Migranten und Flüchtlinge — was müsste noch getan werden?

Wichtigste Ergebnisse der Diskussionen:

- Sprachkurse auch für Geflüchtete ohne Bleibeperspektive
- Bessere Förderung von Austausch zwischen Einheimischen, Migrant*innen und Geflüchteten
- Auch vorhanden: Angst vor allem vor jungen männlichen Geflüchteten und Neid auf die zahlreichen Projekte für Geflüchtete

UNSERE WICHTIGSTEN EMPFEHLUNGEN FÜR DEN LIP 2.0

Demokratie

1. Kommunales Wahlrecht für alle Einwohner nach einer gewissen Aufenthaltsdauer
2. Freie Meinungsäußerung ohne Angst, damit seinen Arbeitsplatz zu verlieren
3. Überarbeitung der Fragen beim Einbürgerungstest
4. Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes
5. Beendigung der Diskriminierung von Personen mit Migrationsgeschichte. Nach einer Einbürgerung soll man nicht mehr als Person mit Migrationsgeschichte bezeichnet werden.
6. Thema Diskriminierung soll schon in der Schule thematisiert werden. Diskriminierung ist eine Art Mobbing und sollte allseits bekämpft werden.

Bildung

1. Das deutsche Schulsystem soll vereinfacht werden
2. Beendigung der permanenten Selektion durch das komplizierte Schulsystem

3. Klassensysteme sollten nicht alle paar Jahre auseinandergerissen werden. Von der 1. bis zur 10. Klasse soll der Klassenverband bestehen bleiben.
4. Die Lehrer*innen sollen sich für die Leistungen der Schüler*innen verantwortlich fühlen und die Verantwortung nicht auf die Eltern abschieben. Dadurch Verbesserung der Chancengleichheit in den Schulen.
5. Anonyme Benotung der Schülerleistungen.
6. Herkunftssprache soll als 2. Fremdsprache wählbar sein
7. Mehr Ausgaben für Bildung in Deutschland

Städtische Integrationspolitik (Stadtverwaltung)

1. Aufwandsentschädigung soll auch für Integrationsbeiräte gezahlt werden
2. Das Budget der Integrationsbeiräte soll erhöht werden
3. Sprachkurse für Zugewanderte sollen über einen längeren Zeitraum angeboten werden.
4. Sprachkurse für alle Zugewanderte unabhängig von der Bleibeperspektive

5. Finanzielle Beteiligung der MSO bei der Umsetzung des LIP
6. Mehr Vertrauen der Stadt gegenüber den MSO

Soziales — Senior*innen

1. Günstige Fahrkarten für Senioren
2. Finanzielle Unterstützung der MSO durch die Stadt bei Angeboten für Senioren*innen

Soziales — Migrant*innen und Geflüchtete

1. Sprachkurse für alle Zugewanderte unabhängig von der Bleibeperspektive
2. Mehr Einführungen in die deutsche Kultur für Geflüchtete und auch umgekehrt

Stadtleben

1. Mehr Möglichkeiten für interkulturelle Begegnungen in der Stadt
2. Hannover.de soll auch Angebote der MSO ankündigen

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb

„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan —
Wie soll es weitergehen?“

Runder Tisch für Gleichberechtigung - gegen Rassismus AG LIP: Unsere wichtigsten Erkenntnisse und Empfehlungen

Der Runde Tisch für Gleichberechtigung – gegen Rassismus ist ein Forum für fachlichen Austausch und praxisbezogene Zusammenarbeit der beteiligten Mitglieder mit dem Ziel, Gleichberechtigung und das Zusammenleben von Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer Herkunft, Weltanschauung, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung, in unserer Stadt zu fördern.

Wir treten deshalb einerseits uns bekannt werdenden Formen von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Entwicklungen in unserer Stadt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen. Andererseits setzen wir uns mit unserem Fachwissen für die Beseitigung struktureller Ungleichheit und Ungerechtigkeit ein. Wir stehen für die Menschenrechte und für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Wir entwickeln und unterstützen Netzwerke für eine Willkommenskultur in unserer Stadt.



Wir schätzen am LIP besonders:

Die Leitlinien der städtischen Integrationspolitik und das klare Bekenntnis des Stadtrates zu den Zielen des LIP:

„Integrationspolitik ist gelungen, wenn die eingewanderten Menschen gleichberechtigt am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben in Hannover teilhaben.“

„Ziel der städtischen Integrationspolitik ist es dabei, Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben aller Einwohnerinnen und Einwohner zu schaffen.“

„Integration bedeutet sich anzuerkennen und gemeinsam für die Gesellschaft Verantwortung zu tragen.“

Den Ansatz des damaligen Oberbürgermeisters Stephan Weil:

„Integration muss Chefsache im Rathaus, aber Stadtsache in ganz Hannover sein.“

Wir schätzen außerdem am LIP:

Die Einrichtung von Integrationsbeiräten und ihre Institutionalisierung bis auf die Stadtbezirksebene. Dadurch sind viele lebendige Projekte entstanden.

Starke Seiten des LIP:

Viele kleinteilige Projekte sind so in den Stadtteilen geschaffen und gefördert worden. In Hannover ist so eine breitgestreute und lokalorientierte Förderkulisse entstanden.

Wir denken, dass die zehn Jahr LIP-Umsetzung dies gebracht haben...

Die gute Arbeit der Integrationsbeiräte und die finanzielle Förderung vieler Projekte, wie zum Beispiel durch den GFZ.

Schließen wollen wir mit diesem Punkt:

Anerkennung bedeutet Mitbestimmung! Migrant*innen und Migrant*innenselbstorganisationen dürfen nicht nur Ideengeber*innen sein, sondern müssen auch an Entscheidungen beteiligt werden.

Der LIP 2.0 stellt eine große Chance zur Evaluierung und zur Verbesserung der Integrations- und Teilhabepolitik der Stadt Hannover dar...

...und sollte einen passenderen Namen bekommen.

Uns hat dieser Aspekt gefehlt:

Der LIP ist ein tolles Instrument, aber in der Stadtverwaltung noch nicht angekommen. Es fehlt die durchgängige Implementierung in der Verwaltung und die konsequente Umsetzung und regelmäßige Evaluierung, der im LIP formulierten Ziele und Handlungsansätze.

Es fehlt an Öffentlichkeitsarbeit, um den LIP bekannter zu machen.

Auch hier hätte mehr passieren können:

Die im LIP formulierten Maßnahmen und Ziele beziehen sich noch zu oft auf Migrant*innen als eine homogene Gruppe.

Bisher wurden fast ausschließlich nur im Themenbereich Soziales Differenzkategorien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, rechtlicher Status, Bildungsstand, Alter, etc., bei der Ziel- und Maßnahmenformulierung berücksichtigt. Diese müssen aber in allen 6 Themenbereichen (Demokratie, Stadtleben, Wirtschaft, Bildung, Soziales, Stadtverwaltung) Beachtung finden! So wurden z.B. Geflüchtete, unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige zu wenig in die Maßnahmen im LIP einbezogen.

Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

- Die Umsetzung des neuen Lokalen Integrationsplanes muss regelmäßig und von verwaltungsunabhängiger Stelle unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und von Migrant*innen evaluiert werden.**
- Ansiedlung des LIP auf OB-Ebene – der LIP muss wieder Chefsache werden.**
- Die Maßnahmen des LIP müssen für die Verwaltung verbindlich sein.**
- Die Handlungskonzepte der 6 Themenbereiche (Bildung, Wirtschaft, Stadtleben, Demokratie, Soziales, Stadtverwaltung) des LIP müssen darauf ausgerichtet sein, die Teilhabe von allen Migrant*innen der Stadtgesellschaft zu ermöglichen.**
- Verstetigung und langfristige Sicherung der Integrationsarbeit durch die Institutionalisierung bisher entstandener wichtiger Strukturen und Projekte (z.B. Papierlosenberatung, Anonymer Krankenschein).**
- Mehr konkrete Maßnahmen gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Diskriminierung durch die Bereitstellung von mehr Ressourcen für Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit und durch die Verankerung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle im LIP.**
- Öffnung der Stadtverwaltung - Der Anteil der städtischen Beschäftigten mit Migrationshintergrund sollte dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund entsprechen.**
- Fortschreibung des Konzepts zur Unterbringung von Geflüchteten:**
 - Die Unterbringung sollte das Ziel einer angemessenen Wohnraumversorgung für alle verfolgen und bevorzugt dezentral erfolgen.
 - Die Zuständigkeit für Unterkünfte sollte bei einer Stelle gebündelt werden, wobei für die Unterstützung durch weitere Bereiche der Stadtverwaltung klare Weisungsbefugnisse sicherzustellen sind.
 - verbindliches Gewaltschutzkonzept für Unterkünfte und die Umsetzung von spezifischen Schutzkonzepten für Minderjährige
 - ein unabhängiges Beschwerdemanagement
 - Eine menschenrechtskonforme Hausordnung, Art. 13 GG, gilt auch in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete!
 - Transparenz und Klarheit der Standards und Zuständigkeiten
 - Das in zentralen Unterkünften eingesetzte Personal (insb. Wachpersonal) sollte auf diese Standards verpflichtet und interkulturell geschult werden.
 - Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in den Gemeinschaftsunterkünften
 - verbindliche Kooperationen zwischen Jugendhilfeeinrichtungen und Anlaufstellen, die für die Betreuung junger Geflüchteter nach der Jugendhilfe zuständig und kompetent sind

Mein glückliches Leben in Hannover - gestern, heute und morgen

Projektleitung Nael Arafat in Kooperation mit mensch und region (Birgit Böhm und Fabian Böttcher)

c/o mensch und region
Birgit Böhm, Wolfgang Kleine-Limberg GbR
Lindener Marktplatz 9
30449 Hannover
arafat@mensch-und-region.de
Tel. 0511 44 44 54



Die Lounge Hannover

Die Lounge Hannover ist eine Partizipationsplattform zur Vernetzung von Geflüchteten und Deutschen. Wir unterstützen Menschen, die aus anderen Ländern nach Hannover gekommen sind, ihre Ziele zu erreichen. Mit unserer Facebook-Seite bieten wir eine niedrigschwellige Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeit. Außerdem informieren wir auf unserer Facebook-Seite über aktuelle Angebote in Hannover in verschiedenen Sprachen.

<https://www.facebook.com/dieloungehannover.de/>

Evaluierung des LIP

Zur Evaluierung des LIP haben wir eine fünfssprachige Online-Befragung erstellt, die sich vor allem an geflüchtete Menschen richtete. Von den Befragten wollten wir wissen, wie sie ihre Situation und ihr Leben in Hannover bewerten. Konkret geht es z.B. darum zu erfahren, welche Angebote der Stadt Hannover sie nutzen oder nicht nutzen und welche Gründe dabei eine Rolle spielen.

Die Befragten

Insgesamt haben 69 Personen an unserer Befragung teilgenommen. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten **lebt zwischen drei und fünf Jahren in Hannover**. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten lebt seit mehr als 5 Jahren in Hannover und ein weiteres Viertel lebt zwischen einem und drei Jahren in Hannover. Zwei Drittel der Befragten sind zwischen **18 und 38 Jahren alt**.

Vorhandene Angebote nutzen

Drei Viertel alle Befragten sind Angebote bekannt, die sie in Hannover nutzen können. Bei den bekannten Angeboten wurden vor allem **Integrations- und Sprachkurse** genannt, teilweise auch Sport- und Freizeitangebote. Sprachkurse werden am häufigsten auch tatsächlich besucht, während die anderen Angebote nur selten genutzt werden. 32 % der Befragten haben schon einmal ein Angebot begonnen, dann aber abgebrochen. Häufig geschieht dies, wenn aufgrund der **Arbeit** keine Zeit mehr bleibt. Aber auch Unzufriedenheit mit der Qualität der Sprachkurse sind teilweise ein Grund für den Abbruch.

Integration ist gemeinsame Verantwortung

Die meisten Befragten sind der Meinung, dass sowohl sie selbst als auch die Stadt Hannover sowie die Menschen in Hannover für die Integration von zugewanderten Menschen zu gleichen Teilen verantwortlich sind. Ein beträchtlicher Anteil der Befragten sieht jedoch die Verantwortung für Integration ausschließlich bei der Stadt und den Menschen in Hannover.

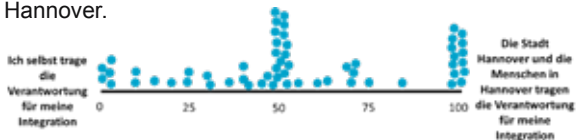


Abb. 1: Verantwortung für Integration

Erleichterung der Bürokratie

Die Befragten haben gemischte Erfahrungen mit den Verwaltungsbehörden in Hannover gemacht. Die Befragten wünschen sich vor allem eine **Erleichterung der bürokratischen Verfahren und mehr Aufklärung über bestehende Gesetze**. Auch **Sprachbarrieren** stellten bisher bei Behördengängen häufig ein Hindernis dar und sollten in Zukunft (z.B. mittels Dolmetscher) weiter abgebaut werden. Der Wunsch nach einer Verbesserung der Qualität der angebotenen Sprachkurse wird von den Befragten ebenfalls geäußert. Einige der Befragten berichten von **Angst** vor dem Kontakt mit städtischen Behörden. Sie wünschen sich **mehr Verständnis und Höflichkeit** der Verwaltungsmitarbeiter*innen.

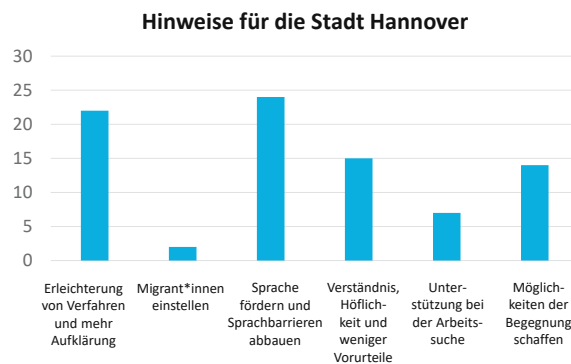


Abb. 2: Hinweise für die Stadtverwaltung Hannover

Wohnraum und Arbeit

Um sich in Hannover richtig wohl zu fühlen, fehlt es den meisten Befragten an **bezahlbarem Wohnraum**. Die Wohnungssuche gestaltet sich oft schwierig und ist für viele eine langwierige Angelegenheit mit Hindernissen. Auch die **Arbeits- und Ausbildungssuche** ist für viele der Befragten eine Herausforderung. Hier wünschen sie sich mehr Unterstützung.

Mehr gemeinsame Aktivitäten

Die Befragten wünschen sich mehr **gemeinsame Aktivitäten und Möglichkeiten der Begegnung** zwischen Geflüchteten, Zugewanderten und „alten“ Hannoveraner*innen, um das Zusammenleben und die Integration zu stärken. Dies dient neben dem **Aufbau gegenseitigen Verständnis** und dem **Abbau von Vorurteilen** auch dem **Spracherwerb**.



Foto: Transkultureller Stammtisch Linden, offener Treffpunkt
Vor allem Treffpunkte, wohin „man einfach gehen kann“, fehlen in der Stadt.

Akzeptanz, Offenheit und Verständnis

Um in Hannover gut leben zu können, wurden einige Wünsche an die Menschen in Hannover geäußert. **Akzeptanz, Offenheit und Verständnis** wurden hierbei am häufigsten genannt.

Zudem ist die Situation und die Zukunft vieler Geflüchteter in Hannover aufgrund ihres Aufenthaltstitels mit großer **Unsicherheit** verbunden. Das Leben in Hannover mit einer Duldung und Abschiebebefürchtung führt zu Perspektivlosigkeit und verhindert das Angewöhnen und Einleben der Menschen in Hannover.

Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

- Wir brauchen eine „echte“ Einwohner*innenbeteiligung. Die Meinungen und Wünsche aller Menschen in Hannover sollten im LIP 2.0 Berücksichtigung finden.
- Der LIP 2.0 muss bekannter als sein Vorgänger werden (ähnlich wie die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, z. B. durch Icons). Nur wenn die Inhalte des LIP bekannt sind und gelebt werden, können die darin formulierten Ziele erreicht und umgesetzt werden.
- Die Bedarfslagen der Menschen haben sich gewandelt. Unterschiedliche Personengruppen haben unterschiedlichste Bedürfnisse. Der LIP 2.0 hat die große Aufgabe, diese vielfältigen Bedürfnisse zu berücksichtigen, um daraus ein Gesamtkonzept für das Zusammenleben in Hannover zu erstellen.

- Der LIP 2.0 muss konkrete Konzepte und Maßnahmen beinhalten (z.B. Unterstützung in der Berufsausbildung für Menschen mit geringen Sprachkenntnissen).
- Bei der Besetzung von Stellen in städtischen Einrichtungen, sollte es Grundvoraussetzung sein, dass dort tätige Personen Inhalte des LIP kennen und verinnerlichen. Ein angemessener und respektvoller Umgang mit den Nutzer*innen städtischer Leistungen und Angebote sollte selbstverständlich sein. Bürokratische Verfahren müssen vereinfacht werden.
- Kostenlose Sprachangebote für Menschen, die neu in Hannover sind sollten ausgebaut und nicht gekürzt werden. Bei der Bereitstellung von Angeboten darf keine Unterscheidung nach Herkunftsland und daraus resultierende Ausgrenzung stattfinden.
- Bezahlbarer Wohnraum in stadtkernnahen Bereichen muss auch für Geflüchtete und andere Gruppen, die erschwerten Zugang zu Wohnraum haben, zugänglich sein.

Das sollte auch noch berücksichtigt werden:

Integration ist keine Einbahnstraße. Alle Hannoveraner*innen, egal ob hier geboren oder erst seit kurzem in Hannover zuhause, haben die Pflicht und die Chance, sich für ein offenes gesellschaftliches Miteinander einzusetzen. Gesprächs- und Hilfsbereitschaft, Empathie und gegenseitiger Respekt sollten die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens sein. Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Hannover sollte dies in ihren Strukturen und Angeboten im Sinne ihrer Vorbildfunktion für alle Einwohner*innen der Stadt Hannover vorleben. Zudem sollten niedrigschwellige Angebote des Zusammenkommens weiter unterstützt werden (Schaffung von Begegnungsorten).

Hannover ist eine bunte und lebenswerte Stadt. Gemeinsam sollten wir uns darum bemühen, dass sie es bleibt und die Buntheit zur Normalität wird.

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Kontakte + Sprache + Raus aus der Passivität!!

Projekträger: IPP e.V. Institut für Pädagogische Professionalität. Gründungsjahr: 2010. Der Verein arbeitet in enger Kooperation mit dem Institut für Erziehungswissenschaft der Leibniz Universität Hannover. Die Arbeit der im Verein Tätigen richtet sich an alle im Bildungsbereich bzw. in Bildungsinstitutionen im weitesten Sinne Tätigen, die sich die Förderung von Persönlichkeitsbildungsprozessen Heranwachsender und Erwachsener zum Ziel gesetzt haben:
<http://www.paedagogische-professionalitaet.de/>
 Tel: 0152-28945796 oder 0172-9723328
kontakt@beratundtat.de / dietmarrose@me.com

Projekt: „ViP im LIP“: Vielheits-Planung (ViP) im Rahmen des Lokalen Integrationsplanes (LIP) als Beitrag zur primären und sekundären Integration in Unterkünften, Schulen und im Quartier.

Das Projekt zeichnet sich dadurch aus, dass geflüchtete junge Menschen, die zu Brückenbauer*innen qualifiziert wurden, den Prozess der Bewertung des LIP persönlich vorbereiten, koordinieren und zusammenfassen. Hier handelt es sich um die Gruppe der Neuzugewanderten, die an der Entstehung des LIP und an seiner Umsetzung noch nicht beteiligt waren.



Das Team der Brückenbauer*innen lädt ein!

Zugewandtheit und Freundlichkeit - „Freundliche Beamte in den Behörden können Wunder wirken!“

In der Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass der **Umgang mit Geflüchteten in der Begegnung mit Mitarbeitenden der Behörden der LHH** ein entscheidender Faktor ist, wenn es um Fragen von Angenommen-Sein, Akzeptiert-Werden und in Sicherheit-Sein geht.

Zugewandte Begegnungen lassen Vertrauen entstehen.

Die Geflüchteten müssen Vertrauen in den deutschen Staat und das Rechtssystem erst entwickeln. Viele kennen keine unabhängige Justiz und haben eher schlechte Erfahrungen mit der Staatsmacht gemacht. Vertrauen muss die Angst vor "dem System" ablösen.

Ohne Vertrauen scheitert Integration, die Geflüchteten werden sich in parallele Gesellschaften zurückziehen.

Passivität aufbrechen

Anforderungen an Neuzugewanderte in Unterkünften stellen – Passivität aufbrechen:

Die Situation an den Unterkünften ist hinsichtlich geforderter Aktivität der Geflüchteten zu optimieren: Was kann an den Gemeinschaftsunterkünften geschehen, damit **Passivität zukünftig minimiert** wird? Was muss passieren, damit die Gemeinschaftsunterkünfte als primäre Integrationsorte wirksam werden? Was muss durch wen angeboten werden?

Brückenbauer*innen leiten die Bestandsaufnahme in der Unterkunft **Am Mittelfelde.**



Kontakte, Kontakte, Kontakte...

Ob Neuzugewanderte in Kontakt mit der Stadtgesellschaft vor Ort kommen, ist zu sehr Zufall. Manche Unterkünfte werden von funktionierenden Unterstützernetzen begleitet, manche haben gar keinen. Die **Schaffung von Begegnungsplattformen**, auf denen es zu Kontakt und damit zur Verbesserung der deutschen Sprache, des Verständnisses der Kultur und der säkularen Verfasstheit dieser Gesellschaft kommt, ist wesentliche Aufgabe.



Teilhabe und Teilnahme

Eine Rückmeldung durch Sozialarbeiter*innen während der Projektlauzeit:

„Es ist klasse, wie Sie die Neuzugewanderten in Aktion bringen und ihnen die Chance verschaffen, dass sie sich eine eigene Stimme geben können!“

Die **Beteiligungsformate (Teilhabe-Konferenzen)**, die im Rahmen des „ViP-im-LIP-Projektes“ realisiert wurden, stellen „Schnittmuster“ für eine Teilhabe Neuzugewandeter dar, die prinzipiell in sämtlichen Stadtbezirken bzw. Gemeinschaftsunterkünften Anwendung finden können.

Die Implementierung solcher **Teilhabe-Konferenzen** könnte zukünftig eine zentrale Aufgabe in der Kooperation zwischen den Teams der **Sozialarbeiter*innen** vor Ort, dem ansässigen **Quartiersmanagement** vor Ort, den zugeordneten **Intergrationsmanager*innen** der LHH und dem **Unterstützernetz Flüchtlingsunterkünfte e.V (UFU)** sein.

Von der Beziehungs- zur Leistungskultur

Damit Haupt- und auch Ehrenamtliche besser nachvollziehen können, wie es den Neuzugewanderten bei ihren **Anforderungen eines transkulturellen Lebens** ergeht, sind Fortbildungsangebote und Reflexions-Tools (in **Sensibilisierungskursen**) wünschenswert, wenn nicht obligatorisch einzurichten.

Selbstreflexion der Begleitpersonen

Selbstreflexion der Begleitpersonen: Relevant ist, Abstand nehmen zu können von der eigenen Relevanz.

Jugendkonferenzen

Wir regen an, **Jugendkonferenzen** in den Quartieren in der Altersgruppe der 18 bis 27-Jährigen durchzuführen. Mit einem intensiven Austausch zwischen Schüler*innen und Azubis. Anlässe und Aktionen, um Freizeit gemeinsam zu verbringen und Freunde zu finden.



Brückenbauer*innen und Schüler*innen der Leonore-Goldschmidt-Schule haben im Rahmen von ViP im LIP gemeinsam die Frage beantwortet: „Was läuft, was läuft (noch) nicht?“

Unsere 6 wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

- 1. Verpflichtende Orientierungskurse für alle Neuzugewanderten** an den Gemeinschaftsunterkünften: Grundgesetz vor heiligen Büchern, Freiheit in Verantwortung als gesellschaftliches Grundprinzip.
- 2. Ermöglichung sozialer Arbeit** von Geflüchteten in humanitären Institutionen / Organisationen in den Stadtteilen / in der Stadtgesellschaft.
- 3. Zugewandtheit, Freundlichkeit, Kontaktaufnahme** durch die Behördenvertreter*innen: Verwaltungsangestellte gehen auf Tour und besuchen Unterkünfte, lernen Neuzugewanderte kennen.

4. Etablierung eines Gesprächsformates („Lösungsraum“) in allen Unterkünften mit den Bewohner*innen, angeleitet durch Integrationsmanagement, Quartiersmanagement, Sozialarbeit, Brückenbauer*innen zu „brennenden Fragen“ hinsichtlich Integration und Fortkommen:

(z.B. *Wie und wo fühle ich mich integriert? Woran merke ich, dass ich angenommen bin? Was läuft? Wo drückt der Schuh? Was tun?...*)

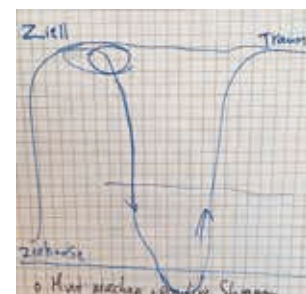
5. Etablierung eines Gesprächsformates („Echoraum“) Hauptamtlich Tätiger aus Verwaltung, Sozialarbeit sowie integrierten Geflüchteten (Brückenbauer*innen), Vertreter*innen von Nachbarschaftskreisen:

(„Was läuft positiv? Was ist modellhaft?“ „Wo hakt es?“ „Was tun?“)

6. Etablierung von Jugend-Integrationsbeiräten in den Stadtbezirken.

Hassans Integrationskurve

Gefühls- und Motivationslage Geflüchteter
 „Neuzugewanderte müssen aufgefangen werden, wenn sie ihr 1. Ziel, die Ankunft in Deutschland, erreicht haben. Warum? Sie verbinden mit dem 1. Ziel einen Traum, der ihnen abhanden zu kommen droht. Wenn das geschieht, fallen sie in ein tiefes Loch, emotional unterhalb ihrer Ausgangssituation im Herkunftsland. Aus diesem Loch kommen manche nicht wieder heraus.“



LIP: Chancengleichheit für Geflüchtete

Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. - UFU

Bemeroder Rathausplatz 1 | 30539 Hannover
www.uf-hannover.de | 01523-3995661

Der Verein Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. - kurz UFU - hilft geflüchteten Menschen bei einem erfolgreichen Start in Hannover.

Derzeit leben rund 4.200 Geflüchtete aus über 60 verschiedenen Nationen in der Stadt, untergebracht in den 50 dezentral im Stadtgebiet verteilten Unterkünften oder in privaten Wohnungen. Seit April 2013 bieten wir konkrete Hilfe für die Geflüchteten vor Ort und unterstützen die vielen Ehrenamtlichen in den Nachbarschaftskreisen bei ihrer Arbeit.



Unterstützerkreis
Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V.

LIP: Für eine weltoffene Stadt

Der LIP ist ein wichtiges Instrument für eine weltoffene, zukunftsorientierte Stadtgesellschaft.

Ziel: Partizipation und gleichberechtigte Teilhabe aller Einwohner*innen Hannovers in einer demokratischen und weltoffenen Stadtgesellschaft – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und von Herkunft, Weltanschauung, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung.

Auf Basis der Menschenrechte und einer humanitären Flüchtlingspolitik entwickeln und unterstützen wir Netzwerke für eine Willkommenskultur in unsere Stadt.

Die Stärken des LIP:

Wir schätzen am LIP vor allem die Installierung von Integrationsbeiräten. Diese Institutionalisierung bis auf die Stadtbezirksebene hat viele lebendige Projekte entstehen lassen.

Die Integrationsbeiräte leisten eine unverzichtbare Arbeit vor Ort und bieten wichtige Impulse und konkrete Unterstützung für eine nachhaltige Integrationspolitik vor Ort.



Integration fängt bei den Kindern an:
Der UFU spendet Ranzeln an geflüchtete Schüler*innen

Für Integration und Teilhabe

Mit Unterstützung des LIP sorgen viele kleine und große Projekte in den Stadtteilen für Integration und Teilhabe von Migrant*innen und Flüchtlingen. Mit dem LIP ist in Hannover eine breit gestreute lokalorientierte Förderkulisse entstanden.

Der LIP ist in vielen Fällen ein gutes und wirksames Instrument für Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt.



Das UFU-Vorstands-Team setzt sich für Chancengleichheit und Teilhabe für geflüchtete Menschen in Hannover ein.

Unser Ziel:

Uns geht es um Chancengleichheit, Partizipation und Teilhabe für geflüchtete Menschen.

Das heißt: Wir treten ein für eine starke Willkommenskultur in Hannover, für gleiche Chancen in Schule, Ausbildung und auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt sowie die Unterstützung im Alltag für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe.

Die Schwächen des LIP:

Was fehlt, ist eine durchgängige Implementierung in der Verwaltung, Transparenz auf allen Ebenen und eine echte Beteiligung der Akteure an demokratischen Prozessen in der Stadtgesellschaft.

Der Fokus liegt bislang auf Migrant*innen. Geflüchtete sind im ersten LIP nur in einem kleinen Abschnitt vertreten – das sollte anders werden.

Es braucht eine konsequente und verwaltungsunabhängige sowie durchgängige Evaluierung



Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

- Wir haben heute eine postmigrantische diverse Gesellschaft – also sollte Hannover Inklusion und Teilhabe aller Menschen, die in Hannover leben, ermöglichen.
- Jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft – muss die gleichen Möglichkeiten haben, an unserer Gesellschaft teilzuhaben: Es braucht gleichen Zugang zu Bildung, Wohnen, Arbeit und Gesundheit.
- Die Unterbringung von Geflüchteten ist eine soziale Aufgabe und keine planerische. Wir empfehlen ein koordiniertes Integrationsmanagement aus einer Hand für alle Belange von Geflüchteten: Ausländerbehörde, Sozialamt und Unterbringung.
- Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung: Diversität muss sich auch in der Verwaltung widerspiegeln. Es braucht ein Konzept und konkrete Maßnahmen, die es zugewanderten Menschen erleichtern, Zugang zu städtischen Arbeitsstellen zu bekommen.
- Umsetzung von spezifischen Schutzkonzepten für Minderjährige und andere vulnerablen Gruppen in Flüchtlingsunterkünften.
- Transparente und klare Standards setzen und Zuständigkeiten klären sowie ein unabhängiges Beschwerdemanagement einführen.
- Verwaltungsunabhängiges Begleitgremium schaffen zur Begleitung der Umsetzung des LIP 2.0.
- Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Flüchtlingsunterkünften (siehe Handreichung von UNICEF/BumF): Es gilt, den Rechtsanspruch geflüchteter Kinder und Jugendlicher sowie junger Erwachsener auf Leistungen, Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe in die Praxis umzusetzen.
- Kundenorientierung der Verwaltung stärken.
- Verstetigung sinnvoller und erfolgreicher Integrationsprojekte wie der UFU.
- LIP 2.0 als Querschnittsaufgabe verankern!

Input für die
Überarbeitung des
Lokalen Integrationsplans (LIP)
der Landeshauptstadt Hannover

Hannover gemeinsam lebenswerter machen

Türkische Gemeinde in Niedersachsen e.V.



Lange Laube 15
30159 Hannover

Die Türkische Gemeinde in Niedersachsen vertritt seit 14 Jahren vorwiegend die Interessen der türkischstämmigen Mitbürger*innen in Hannover und Umgebung.

**Vielfältig engagiert –
für politische Teilhabe,
Demokratie und
Weltoffenheit**

Ausbildung von Multiplikator*innen für die Umsetzung des „LIP“ in Hannover

Hierzu Durchführung von Diskussionsforen, Workshops und Beteiligungsprojekten sowie Seminaren, insbesondere zu Inhalten und Methoden politischer Partizipation, Kommunikation und Interessenvertretung, lokale Vernetzung und städtische Öffentlichkeiten.

Multiplikator*innen im Mittelpunkt

Die Teilnahme der Multiplikator*innen an den regelmäßigen Treffen war ein wesentlicher Bestandteil des Projektes, um eine Beteiligung unter anderem an der Produktion eines regelmäßigen Newsletters zu gewährleisten.

In den Stadtteilen wirkten die Multiplikator*innen als „Gesichter“ bzw. Rollenvorbilder. Außerdem fungierten sie als Ansprechpartner*innen in Stadtteilzusammenhängen.

Im Prozess des Projektes war die Verantwortungsübernahme der Teilnehmenden ein zentraler Aspekt. Dazu gehörte beispielsweise das Organisieren kleinerer Veranstaltungen.

Partizipation als Methode

Demokratische Partizipation war das Ziel und die Methode. Außerdem wollten wir eine Teilhabekultur entwickeln.

Teilhabekultur als Inklusion

Inklusion ist ein Aspekt im Rahmen der Agenda des Prozesses, um zum Beispiel die Teilhabekultur besser umsetzen zu können.

Workshop in der Geschäftsstelle der TGN (C)



Gesellschaftlicher Austausch

Uns war sehr wichtig, dass bei diesem Projekt ein Ausgleich und Austausch statt einer Spaltung der Gesellschaft stattgefunden hat.

Soziales Engagement

Wir haben bei der Umsetzung darauf geachtet, dass auch nach unserem Projekt das soziale Engagement in den einzelnen Stadtteilen durch die ausgebildeten Multiplikator*innen weitergeführt wird.

Nachhaltigkeit

Mit der Ausbildung von Multiplikator*innen haben wir dazu beigetragen, dass die ausgebildeten Bürger*innen in ihren Organisationen zusammenbleiben und sich bei vielen Themen austauschen können.

Durchführung eines Seminars im Naturfreundehaus (C)



Kindergerechte Bildungsmaßnahmen

Wir haben bei unserer Planung immer versucht, Kinderbetreuungsmaßnahmen einzubeziehen. Bei Bedarf wurden kindergerechte Bildungsmaßnahmen eingesetzt.

Abschlussveranstaltung am 5. Juli 2019 (C)



Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

1. Wir sollten an der Ausarbeitung des „LIP“ in Hannover weiterarbeiten.
2. Die geknüpften Netzwerke sollten weiterhin mit Leben gefüllt werden.
3. Die demokratischen Teilhabeprozesse müssen weiter unterstützt werden.
4. Es müssen neue Kooperationsformen entwickelt werden.
5. Es müssen weiterhin neue Netzwerke geknüpft werden.
6. Wege zur größeren Beteiligung von Bürger*innen der Stadt Hannover finden.
7. Mögliche Verknüpfung zu weiteren politischen und kulturellen Themen?
8. Vernetzung einzelner Projekte unterschiedlicher Träger im Rahmen des „LIP“ ausbauen.

Abschließende Fragen, die noch offen geblieben sind

Mit welchen Herausforderungen sind die einzelnen Stadtteile konfrontiert gewesen?

Welchen fachlichen Perspektiven und aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sind wir ausgesetzt?

Ist der Begriff „vielfältig engagiert für politische Teilhabe, Demokratie und Weltoffenheit“ in den Stadtteilen angekommen?

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Jugendliche sind wichtige Akteure im LIP



Hakili-So / Haus der
Bildung e. V.
Krasselweg 52/30657-Hannover

Der soziokulturelle Verein Hakili-So/ Haus der Bildung e.V. setzt sich für die Einrichtung eines Bildungszentrums in Abobo in der Elfenbeinküste ein.

Als Mitglied des Miso Netzwerks engagiert er sich zudem in der Bildungs- und Integrationsarbeit und setzt sich für den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung ein. Dadurch leistet dieser Verein einen wichtigen Beitrag für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in Hannover. Im Rahmen von soziokulturellen Projekten wird der Austausch und die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen MSOs gefördert.

„Integration junger Menschen (15-20J) unter Berücksichtigung der gesamten Vielfalt“

Als aktiver Beitrag zur Sensibilisierung zum Thema Rassismus und Zusammenleben führte der Verein Hakili-So eine Workshopreihe zu folgenden Themenbereichen durch: Rassismus, Integration und Zusammenleben.

Die primäre Zielsetzung war es, Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund als wichtige Akteure im Integrationsprozess der Stadt Hannover zu fördern. In diesem Zusammenhang wurden mittels interaktiver Übung in den Workshops die unterschiedlichen Diskriminierungsarten aufgezeigt und mögliche Handlungsweisen dargelegt. Auf diese Grundlage konnten die Teilnehmer*innen das neu erworbene Wissen in eigenen Projekten umsetzen, umso ihr eigenes Umfeld für das Thema Rassismus zu sensibilisieren.



Unsere Ergebnisse:

Die Zielgruppe bzw. die junge Menschen im Alter von 15-20 Jahren wurden erreicht und haben sich sehr aktiv eingebracht. Sie wurden für die Themen „Rassismus und Zusammenleben“ sensibilisiert und befähigt ihr eigenes Umfeld, ihre Schulen und Ausbildungsstätten auf dieses Themenfeld aufmerksam zu machen. Mit folgenden Fragen haben sich die Teilnehmer*innen auseinandergesetzt:

- Was ist Diskriminierung?
- Wie erkenne ich Rassismus?
- Wie gehe ich am besten mit Alltagsrassismus um?
- Wie kann ich meine Mitmenschen in diskriminierenden Situationen unterstützen?

Und am Ende wurden gemeinsam Handlungsansätze entwickelt.

Empowerment und Critical Whiteness

Bei den Teilnehmer*innen wurde eine Wissensgrundlage zu den Themen Rassismus, Diskriminierung, Integration und vielfältiges sozio-kulturelle Zusammenleben geschaffen. Durch spielerische Übungen und Austausch konnten sie sich äußern und verraten was sie von einander, von der Gesellschaft sowie von der Stadt für eine effektivere Integration und ein besseres Zusammenleben in Hannover erwarten.

Rollenspiel von den Jugendlichen während des Workshops

Foto: Andreas Jopp



Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gegen Rassismus

Ein aktives bürgerschaftliches Engagement bei den Teilnehmer*innen wurde nachhaltig gefördert und gestärkt, indem eigenständige Projekte initiiert wurden. Zum Beispiel hat eine Schülerin der Albert-Einstein-Schule Laatzen nach dem Projekt einen Vortrag zum Thema Rassismus vor der siebten Jahrgangsstufe gehalten. Zudem entwickelten einige der Teilnehmer*innen eine Idee zu einem Videoprojekt zum Thema „Alltagsrassismus“, welches in naher Zukunft realisiert werden soll. Weiterhin berichteten einige Teilnehmer*innen, dass sie sich vorstellen können, sich verstärkt für die Integration innerhalb ihrer Schule einzusetzen. In diesem Zusammenhang verwiesen sie auf ein schulisches Projekt zu Integrationslotsen.

Aussage einer 15-jährigen Schülerin:

„Nach diesem Projekt werde ich mich mehr engagieren, indem ich Projekttag organisieren werde mit meiner Schule und Toleranzlotsen und ich das Thema jüngeren Schüler*innen näher bringen werde“

Film als Sensibilisierungsinstrument

Während der Workshopreihe wurden Interviews mit den Teilnehmer*innen durchgeführt, die in einem Dokumentarfilm aufgearbeitet wurden. Hierbei wurden die Erwartungen und Erkenntnisse der teilnehmenden Heranwachsenden festgehalten. Vor allem wurden auch die Wünsche und Handlungserwartungen der Jugendlichen in Bezug auf den Integrationsplan festgehalten. Insgesamt dient dieser Film zukünftig als Sensibilisierungsinstrument für Schulen, Jugendeinrichtungen, Organisationen und Begegnungsstätten.



Workshop zum Thema Diskriminierung
Foto: Andreas Jopp

Konkrete Wünsche der Jugendlichen

Für eine effektivere Integration erwarten die Jugendlichen viel von der Stadt Hannover. Sie wünschen sich u.a.

- mehr Eventmöglichkeiten,
- Reisevergünstigungen, kostenfreie Fahrkarten für Schüler*innen wie in Berlin, keine Zonen,
- Räumlichkeiten für Jugendgruppen,
- ein breiteres Angebot an Aktivitäten für Jugendliche, kostenfreie Sportangebote, ein Kunstatelier, Küchen zum gemeinsamen Kochen und Backen in großen Gruppen

Durch das Projekt konnte der Austausch und die Vernetzung zwischen den Teilnehmer*innen mit und ohne Migrationsgeschichte gefördert werden. Hierbei konnten unterschiedliche Erfahrungen und Wissen geteilt werden, sodass gemeinsam Lösungsansätze für ein tolerantes Zusammenleben erarbeitet werden konnten.

Bedürfnisse der Jugendlichen in den LIP!

Das Projekt fungierte als Beitrag zur Verbesserung und Erweiterung des Lokalen Integrationsplan mittels der festgehaltenen Ideen der teilnehmenden Jugendlichen. Denn bisher wurde diese Zielgruppe, nämlich die Jugendlichen, weniger in diesem Plan berücksichtigt. Folglich wurde dieses Projekt als Möglichkeit gesehen und genutzt, die Bedürfnisse und Wünsche in Bezug auf die soziale Integration in Hannover mitaufzunehmen.



Gruppenarbeit von Jugendlichen und Austausch
Foto: Andreas Jopp

Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0:

1. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Ausbildungsstätten und Antidiskriminierungsstellen.
2. Regelmäßige Seminare/Fortbildung zum Thema Antidiskriminierung und interkulturelle Öffnung für Arbeitnehmer*innen anbieten und durchführen.
3. Zusätzlich zu den Fortbildungen sollten Führungskräfte weiterführende Schulungen zu den Themenfelder absolvieren (jährlich).

4. Niedrigschwellige Angebote zur Antidiskriminierung für Jugendliche anbieten.
5. In den Ausbildungsstätten und in Schulen mindestens eine Ombudsperson bereitstellen.
6. Regelmäßige Projektwochen in Schulen zu den Themenfeldern „Diskriminierung“, „Rassismus“ und „tolerantes Zusammenleben“ initiieren.
7. Die Zielgruppe der Jugendlichen verstärkt im Lokalen Integrationsplan berücksichtigen und zielgruppengerechter anpassen

Das sollte auch noch berücksichtigt werden:

Sichtbarkeit von Projekten zum Thema „Rassismus“ und „Zusammenleben“ in der Öffentlichkeit stärken, zum Beispiel durch die Schaffung einer Plattform, bei der Projekte gezielt weiterbeworben werden können. Somit kann die Reichweite vergrößert werden!

Mehr Kooperation zwischen den Einrichtungen und Vereinen!

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Zweite Sprache = Zweite Chance

Märchenkoffer e.V.: bilingual glücklich!



Der Verein ist seit 2014 in Hannover Vahrenwald tätig.
Unsere Ziele:

- Integrationsprozesse kompetent anleiten
- Engagement und Partizipation fördern
- interkulturelle Identitätsbildung der Kinder und Jugendlichen unterstützen
- Mehrsprachigkeit unterstützen

Mehr über uns erfahren Sie auf der Internet-Seite
www.skachem.com/de

Integration vs. Assimilation: Schwerpunkt Sprache

Drei Zielgruppen, eine Fragestellung: Wird in Hannover auf Zwei- und Mehrsprachigkeit geachtet? Ist die Förderung der Mehrsprachigkeit in das Feld des LIP "Bildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen" mit eingeschlossen? Gibt es Verbesserungsbedarf? Darüber diskutieren Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund und schlagen neue Lösungen vor.



Kannste Deutsch?

"Wir waren grad bei euch im Garten, ich und die drei. Haben Polnisch gesprochen. Und dann schreit einer plötzlich vom Balkon: 'Kannste Deutsch? Deutsch reden sollste!'. Ich so: 'Natürlich kann ich Deutsch'. Er schreit aber immer noch. Kommt ihr mit raus?"
Hannover, Werderstraße, Juni 2019

Kinder und Jugendliche

1. Ich kann kein Griechisch. Wenn mein Vater etwas zu meiner Mutter sagt, verstehe ich es nicht. Früher sagten meine Eltern, ich muss Deutsch lernen. Jetzt habe ich auch keine Zeit. **Später kann ich bestimmt in eine Sprachschule gehen. Aber es ist was komplett anderes.**
2. Meine Eltern sind echt hart. Sie sagen einfach "Ich verstehe dich nicht, sag es auf Russisch." Natürlich verstehen sie alles, aber naja, ich muss. Es hat mich früher geärgert. Aber jetzt... **ich kann doch beide Sprachen gleich gut sprechen. Es gibt mir ein gutes Gefühl.**
3. **Wir sprechen zu wenig.** Wo denn? Sonntagsschule, da haben mich meine Eltern fünf Jahre lang hingezwungen, keine Lust.
4. **Ich will Computerworkshop auf Türkisch!** Nein, kochen. Nein, Ausflug! Singen. Roboter bauen!
5. **Als ich klein war, konnte ich Polnisch.** Es gibt ein Video, da liest mir die Oma was vor. "Za siódmą górą za siódmym lasem". Das ist sowas wie "es war einmal".

"Mann, warum kriege ich es nicht hin?" - Nicht rechtzeitig in der Zweisprachigkeit unterstützte Jugendliche finden es schade, das Schreiben in der zweiten Sprache nicht gelernt zu haben.



Erwachsene mit Migrationshintergrund

1. Sechs Stunden Schule täglich. Dazu Ganztage oder Hort. Musik, Sport, mit Freunden spielen. **Zehn Stunden Deutsch am Tag. Zu Hause zwei Stunden Persisch.** "Wie geht's, was möchtest du essen, wie war die Schule?". **Natürlich brauchen wir Förderung!**
2. Bei uns in der Nähe gibt es eine ältere Dame, die den Kindern Polnisch beibringt. Aber da heißt es in der Regel: sitzen, zuhören, schreiben. **So stelle ich mir den Lernprozess nicht vor.**

Erwachsene testen spielerisches Lernen:
Insgesamt sind in dieser Mini-Gruppe 7 Sprachen vertreten!



3. Wenn ich mal ins Gemeindezentrum gehe, habe ich das Gefühl, die Menschen sind gekommen, um zu nostalgieren. Die Zeit ist hier stehen geblieben, obwohl sie ja auch in unserem Heimatland weiter geht.

Es ist gut, dass es Selbstorganisationen gibt, sie brauchen aber unbedingt Professionalisierung, sonst ist von Integration kaum zu sprechen.

4. **Ich bin mir nicht immer sicher, wie genau ich mein Kind unterstützen soll.** Ich glaube, die Sprachen muss man trennen: Ich als Mutter spreche Spanisch mit dem Kind, der Vater spricht Deutsch. Aber wird das Kind dadurch nicht überfordert? Außerdem kenne ich viele Eltern, die sich gar nicht darum kümmern. Vielleicht soll man es auch so lassen? Aber **ich möchte, dass mein Kind mich versteht.** Schwierig!

Pädagogen: mit und ohne Migrationshintergrund

1. **An mehreren Schulen gibt es muttersprachlichen Unterricht.**

Wer unterrichtet da? Natürlich Muttersprachler, das ist schon mal nicht schlecht. Aber wer kontrolliert die Qualität? Ich habe so manches gesehen... Also Entschuldigung, liebe Kollegen, aber **da besteht auf jeden Fall Änderungsbedarf.**

2. Eltern sind sehr unmotiviert, wenn es um die zweite Sprache geht. Viele denken, sie kommt von alleine, es ist keine Förderung nötig. Und später heißt es "Oh, mein Kind ist schon 7 und spricht noch kein Japanisch/ Türkisch/Georgisch". **Tut mir Leid, aber ab einem bestimmten Alter bleibt die Sprache nur noch fremd.**

3. Das Bildungsniveau steigt, Berufschancen werden besser, die kulturelle Identitätsbildung wird unterstützt. Die Sprache ist nicht nur die Sprache selbst - es sind Werte und Normen, Geschichte, Erfahrungen der Generationen und vieles mehr, alles für die Zukunft.

Fazit: fördern und fordern!

Kurz zusammengefasst:

Unterstützung der zweiten Sprache ist nicht die Aufgabe der Schule. Die Sprache ist ein Teil des alltäglichen und kulturellen Lebens. Wir können – und müssen – dieses Leben den Kindern und Erwachsenen ermöglichen.



"Und wer sagt es auf Deutsch?"
Wenn die Zweisprachigkeit gefördert wird, können Kinder und Jugendliche das Gesprochene in eine andere Sprache simultan übertragen. Ohne Spezialausbildung!

Unsere wichtigsten Empfehlung für den LIP 2.0:

1. **Unterstützung der Mehrsprachigkeit in das Feld "Soziales" gesondert mit aufnehmen und genaue Handlungsmöglichkeiten erarbeiten**

Lösungsvorschläge der Projektteilnehmer*innen:

1. **Koordinationszentrum Mehrsprachigkeit mit folgenden Funktionen gestalten:**
- Kooperation zwischen den bestehenden Angeboten aus dem Mehrsprachigkeitsbereich: raus aus der Box!

- Erfahrungsaustausch zwischen den Spezialisten aus dem Praxisbereich, Entwicklung neuer Konzepte. Keine Schule nach der Schule: fördern, nicht überfordern.

- Professionalisierung und Weiterbildung für die Fachkräfte
- Beratungsangebot für Eltern
- Fördermittel für Sprachprojekte

2. **Weniger Projektarbeit, mehr Kontinuität: kontinuierliche Fördermöglichkeiten schaffen, Nachhaltigkeit sichern.**

3. **Früh angefangen - viel geschafft. Man hat max. bis zum zwölften Lebensjahr Zeit, die Entwicklung der zweiten Muttersprache zu beeinflussen.**

4. **Integrieren, nicht assimilieren: Sprache als Teil der Kultur behandeln**

Last but not least:

Der richtige Weg zur Zweisprachigkeit ist es, die zweite Muttersprache wie die erste zu lernen: sie frei erleben zu dürfen und einen Ort zu haben, wo die Sprache gesprochen werden darf. Nur so wird richtige Integration (im Gegensatz zur Assimilation) ermöglicht.

Jedes Kind hat ein Recht auf umfassende Bildung; im Falle eines bilingualen Kindes bedeutet dies die gleiche Unterstützung und Förderung beider Muttersprachen.

Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Der LIP soll Jugendliche besser & aktiver erreichen

gEMiDe e.V.

Migrantinnen, Migranten und Deutsche, die schon seit 2001 ehrenamtlich beim kommunal geförderten Projekt gEMiDe mitarbeiteten, gründeten im Jahre 2004 den „Verein zur Förderung des **gesellschaftlichen Engagements von Migrantinnen, Migranten und Deutschen**“ kurz: **gEMiDe e.V.**

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Familien mit Migrationshintergrund mit ihren spezifischen Erfahrungen, Ressourcen, aber auch ihren speziellen Bedarfen, Bewältigungsstrategien und sonstigen Potenzialen eine Zielgruppe darstellen, die als Bereicherung für die gesamte aufnehmende Gesellschaft gesehen werden muss, ist die Teilnahme an bürgerschaftlich engagierter Mitarbeit bei gEMiDe e.V. für Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung attraktiv.



Dafür stehen wir:

- Niederschwelligkeit
- Ressourcenorientierung
- Sozialraumorientierung
- Interkulturelle Offenheit
- Vernetzung und Kooperation
- Partizipative Strukturen

Unser Ziel ist eine Lebenswelt, in der Deutsche und Migrant*innen nicht mehr getrennt erwähnt werden, sondern gleichberechtigte Gestalter*innen ihrer Stadtgesellschaft geworden sind.



Das schätzen wir am LIP

Hannover ist geprägt von ethnischer, kultureller und weltanschaulicher Diversität. Viele Hannoveraner*in-nen finden sich im LIP wieder. Die Landeshauptstadt Hannover ist mit ihm im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends einen wichtigen Schritt zur Gleichberechtigung aller ihrer Einwohnerinnen und Einwohner gegangen.

Für uns ist sehr positiv, dass das Modell LIP sehr praxisbezogen ist. Der Lokale Integrationsplan beschreibt, dass Integration nicht nur von den Menschen mit Migrationshintergrund aus möglich ist, sondern dass auch Menschen ohne Migrationshintergrund diesbezüglich arbeiten sollten, damit Integration gelingen kann. Integration wird als eine gewinnbringende gesamtgesellschaftliche Aufgabe dargestellt.



Der LIP ist wichtig für sozialen Zusammenhalt in Hannover. Für die Entwicklung der Demokratie ist es wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund vom jungen Alter an zu fördern. Somit wird in die Zukunft Hannovers investiert.



© gEMiDe

Zehn Jahr LIP-Umsetzung haben etwas gebracht:

Die Lebensqualität der Menschen wird durch bürgerschaftliches Engagement verbessert. Dies wurde vom LIP ermöglicht.

Bezogen auf unseren Verein lässt sich sagen, dass dank LIP unser Projekt „Hannover ist unser zu Hause“ im Jahre 2010 vom GFZ gefördert wurde. Dieses Projekt endete laut Plan 2011. Jedoch besteht das Netzwerk dieses Projekts bis heute. Generationsübergreifend kommen immer noch Menschen zusammen und helfen sich gegenseitig, egal um was es geht. Auch wenn das Projekt auf Papier beendet ist, läuft es nachhaltig weiterhin.

Dadurch sind auch Anlässe für ähnliche Projekte entstanden; Dies war auch das Ziel des GFZ: Förderung von bürgerschaftlichen Aktivitäten, um das Zusammenleben einer zunehmend interkulturell strukturierten Stadtbevölkerung zu verbessern. Dieses Ziel wird von uns erfolgreich verfolgt.

Das kam etwas zu kurz:

Die Jugendlichen wurden durch den LIP nicht aktiv genug erreicht, da die Funktion von Netzwerken nicht intensiv genutzt wurde. Jugendspezifische Themen waren nicht so deutlich sichtbar.

Ein interkulturelles Leben sollte im Mittelpunkt stehen und zwar am besten für alle Menschen. Leider kam es uns vor, als stünde dies noch etwas am Rande. Für bürgerschaftliches Engagement sollte eine Aufwandsentschädigung angeboten werden. Das wäre eine angemessene Anerkennung für ein intensives Engagement.



© gEMiDe

Unsere Empfehlungen für den LIP 2.0:

Wir empfehlen, dass der LIP Chancengerechtigkeit für benachteiligte Jugendliche, bildungsungewohnte Familien, LSBTTIQ* und ältere Menschen entwickelt. Denn Bildung stärkt die Integration und dadurch entstehen neue Perspektiven und neue Vertrauensbeziehungen.

Auch die Identitäts- und Persönlichkeitsbildung aller Hannoveraner*innen würde durch Bildung gestärkt werden. Unserer Erfahrung nach funktioniert Bildung am besten und am nachhaltigsten durch generationsübergreifende Projekte.

Finanzielle und infrastrukturelle Mittel sollten den MSO's zur Verfügung gestellt werden, um integrationsunterstützende Aktivitäten in der Stadtgesellschaft zu verankern.

Der LIP sollte sich dafür einsetzen, dass Demokratie, Gleichheit und Freiheit, d.h. größtmögliche Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen zugänglich sind.

Der „Gesellschaftsfonds Zusammenleben“ ist Produkt des LIP. Seine Finanzierung sollte auf Dauer sichergestellt werden.

Ziel des LIP sollte es sein, Migrantenselbstorganisationen zu stärken und ihre Professionalität zu fördern. Dies kann durch finanzierte Mitarbeiter und verbindliche Übertragung von sozialen Aufgaben geschehen.

Sie leisten bereits hervorragende Arbeit und sind die Brücken zwischen den Kulturen.

Hier können Sie uns erreichen:

gEMiDe e.V.

Allerweg 7-9, Haus E,
30449 Hannover

01 78 / 8 26 30 32

info@gemide.org

www.gemide.org

www.facebook.com/gemide.hannover/

Input für die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans (LIP) der Landeshauptstadt Hannover

Für Teilhabe und das Recht auf Zukunft!

Janusz Korczak–Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.
https://jkv-hannover.de

Wir engagieren uns seit 1992 für unbegleitete und begleitete junge Geflüchtete und Migrant*innen und beziehen uns dabei auf die Grundsätze des polnischen Arztes, Pädagogen und Humanisten Janusz Korczak, dem Vater der Kinderrechte.

Wir unterstützen und fördern die Teilhabe sowie die persönliche, schulische und berufliche Entwicklung dieser Jugendlichen und jungen Menschen mit konkreten Hilfen wie zum Beispiel die Vermittlung und Übernahme von ehrenamtlichen Paten- und Vormundschaften.

Wir setzen uns politisch und praktisch ein für die Durchsetzung der Kinder- und Menschenrechte und für eine echte Willkommenskultur.

Kinder werden nicht erst zu Menschen – sie sind bereits welche. Janusz Korczak



Unsere Einschätzungen zum LIP

Die Forderung eines lokalen Integrationsplans erhob damals der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung gegenüber den Städten. Die Absicht, mit dem LIP 2008 für die Einwanderungsstadt und für ein weltoffenes Hannover als Gemeinschaftsprojekt die „Integrationspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen“, fanden wir gut und wichtig. Wir hatten uns daher in einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches für Gleichberechtigung – gegen Rassismus im LIP - Prozess engagiert.

Den Ansatz des damaligen Oberbürgermeisters Stephan Weil „Integration muss Chefsache im Rathaus, aber Stadtsache in ganz Hannover sein.“ schätzten wir dabei als wesentlich ein – ebenso wie die Leitlinien des LIP und das klare Bekenntnis des Stadtrates zu den Zielen des LIP.



Hoch hinaus
© Katrin Hamann

Wir schätzen besonders dieses Ziel

„Ziel unserer Integrationspolitik ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner an den verschiedenen Lebensbereichen. Das gilt für die Arbeit ebenso wie für die lokale Politik oder das soziale und kulturelle Leben.“

sowie die Festlegung im LIP auf die Priorität Kinder und Jugendliche:

„In der städtischen Integrationspolitik genießen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eine besondere Beachtung. Wir wollen sie auf ihrem Weg zu guter Bildung und Ausbildung unterstützen und ihnen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“

Was ist aus unserer Sicht in den zehn Jahren der LIP-Umsetzung passiert?

- gute Arbeit der Integrationsbeiräte,
- finanzielle Förderungen von Projekten durch den GFZ,
- Fortschreibung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen, teilweise qualitative Verbesserungen bei der Gestaltung der Unterbringung

.... und was hat uns gefehlt?

Es wäre u.E. notwendig gewesen, den LIP bekannter zu machen und die Leitlinien, Ziele und Handlungsansätze besser umzusetzen sowie die Umsetzung regelmäßig zu evaluieren.

Der Beteiligungsprozess und der Umsetzungsprozess hätten transparenter, offener und breiter sein müssen.

Das Thema Geflüchtete, unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige ist in den Handlungsfeldern zu kurz gekommen.

Die Überarbeitung des LIP stellt eine große Chance zur Evaluierung und zur Verbesserung der Integrations- und Teilhabepolitik der Stadt dar.

„Integration ist sinnlos ohne Teilhabe an der Macht. Wenn ich von Integration spreche, dann meine ich eine wirkliche Aufteilung von Macht und Verantwortung.“

Martin Luther King

Unsere wichtigsten Empfehlungen für den „LIP 2.0“:

1. Die Ausländerbehörde sollte einbezogen werden und ihre Handlungs- und Ermessensspielräume zu nutzen, um Integration zu fördern und Bleibe- und Teilhabeperspektiven für die Menschen zu schaffen.
2. Transparenz und Klarheit der Standards und Zuständigkeiten in der Jugendhilfe / in Jugendhilfeeinrichtungen sowie des Beschwerdemanagements
3. Einrichtung einer kommunalen Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe
4. Anerkennung und finanzielle und fachliche Unterstützung von offizieller Seite/Verwaltung bei Ausbau und Stärkung des zivilen Engagements für Patenschaften, ehrenamtlichen Einzelvormundschaften (§ 1779 BGB) und Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Geflüchtete
5. Rechtsanspruch geflüchteter Kinder und Jugendlicher sowie junger Volljähriger auf Leistungen, Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe in die Praxis umsetzen. Regelmäßige bedarfsgerechte Fortsetzung der Jugendhilfe nach Erreichen der Volljährigkeit. Entwicklung von Wohnkonzepten vor und nach Beendigung der Jugendhilfe, damit die Jugendhilfe nachhaltig wirkt

6. Ältere Jugendliche und junge erwachsene Geflüchtete müssen als besondere Zielgruppe im Zugang zum Bildungssystem und im Ermöglichen von Abschlüssen viel stärker berücksichtigt werden, da sie häufig ohne formale Qualifikationen (Schul- und Berufsabschlüsse) einreisen. Sie schaffen die Praxis in der Ausbildung, aber leider oft nicht die Berufsschule.
7. Verbindliche Kooperationen zwischen Jugendhilfeeinrichtungen und Anlaufstellen, die für die Betreuung junger Geflüchteter nach der Jugendhilfe zuständig und kompetent sind
8. Schaffung tragfähiger Bündnisse/Netzwerke von und für junge Geflüchtete
9. Fortschreibung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen: Transparenz und Klarheit der Standards und Zuständigkeiten, verbindliches Gewaltschutzkonzept für Unterkünfte, Umsetzung von spezifischen Schutzkonzepten für Minderjährige, Beschwerdemanagement, menschenrechtskonforme Hausordnungen, Art. 13 GG gilt auch in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in den Gemeinschaftsunterkünften. Schaffung von alternativen Wohnkonzepten für Geflüchtete.



Teilhabe
© Katrin Hamann

Des Weiteren sollte der „LIP 2.0“

- einen passenderen Namen erhalten, mit Begriffen wie Vielfalt, Teilhabe, Konzept,..
- Konzept bedeutet für uns mehr als ein Plan.
- „Integration“ als beidseitigen Prozess verstehen, Vielfalt als Wert anerkennen.
- die Herkunftssprache berücksichtigen und anerkennen.
- eine Verstetigung und Nachhaltigkeit der so verstandenen Integrationsarbeit beinhalten.
- in einem transparenten, offenen und breiten Beteiligungsprozess entwickelt werden.
- die Priorität Kinder und Jugendliche im neuen Konzept beibehalten.
- interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung sowie Anreize für interkulturelle Bildung und Schulung schaffen.
- Erkennen von und Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung auf individueller und struktureller Ebene sowie gegen Antisemitismus und Antiziganismus beinhalten.
- eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit spezieller Ansprechperson für Jugendliche einrichten.
- eine starke Förderung des sozialen Wohnungsbaus beinhalten.
- ein verwaltungsunabhängiges Begleitgremium für die Umsetzung des „LIP 2.0“ schaffen.

Input für die Überarbeitung des Lokalen der Landeshauptstadt Hannover

Integrationsplans (LIP)

10 Jahre Integrationsbeiräte!

Delegiertennetzwerk der Integrationsbeiräte

Mit dem LIP wurde 2008 die Grundlage für die örtlichen Integrationsbeiräte geschaffen. Mittlerweile gibt es in Hannover 13 Integrationsbeiräte mit etwa 230 Mitgliedern. Ihre Aufgaben sind vielfältig, so sollen nicht nur Themen rund um die Integration diskutiert, sondern die Integration aktiv vorangebracht werden. Dies kann durch die Gewährung von Zuwendungen an Projektträger, aber auch durch eigene Projekte geschehen. Alle Integrationsbeiräte sind eigenständig. Im Delegiertennetzwerk findet eine Vernetzung unter allen 13 Integrationsbeiräten statt.

10 Jahre Integrationsbeiräte – Rückblick und Ausblick

In den einzelnen Integrationsbeiräten sollte im Rahmen dieses Projektes ein kritischer Austausch über die bisherige Arbeit erfolgen. Ziel sollte nicht nur die Kritik sein, sondern auch die Antwort auf die Frage, was verbessert werden könnte. Es sollten klare Aufträge an die Entscheidungsträger formuliert werden. Um eine Einheitlichkeit zu gewährleisten, erfolgte die Auswertung in allen Integrationsbeiräten durch eine externe Moderation (Helga B. Gundlach).



Evaluations-Workshops

Im Zeitraum von Februar bis Juni 2019 wurden in zwölf Integrationsbeiräten mit den jeweiligen Mitgliedern Evaluations-Workshops durchgeführt. Diese liefen nach Vorarbeiten einer Planungsgruppe nach dem immer gleichen Schema ab. Dadurch konnten die jeweiligen Ergebnisse im Anschluss bestmöglich zusammengefasst werden.



Die Workshops verbanden bewusst verschiedenste Methoden von einer Aufstellung über schriftliche Einzelarbeit und kreative Gruppenarbeiten bis zur Diskussion im Plenum, um ein breites Spektrum an Ergebnissen zu generieren.

Fragestellungen

- Die Teilnehmer*innen wurden befragt
- wie sie sich selbst (als IB-Mitglieder) sehen
 - was sie zur Teilnahme an den IBs motiviert
 - wie sie sich von Dritten wahrgenommen fühlen
 - wie sie die IB-Sitzungen erleben und bewerten
 - was sie rückblickend als größte Erfolge bezeichnen
 - welche Probleme sie in ihrer Arbeit erleben
 - welche Unterstützung sie sich wünschen

Erste Ergebnisse und Folgen

Abgesehen von einigen in Einzelarbeit anonym notierten Aspekten wurden die Workshops sehr transparent gestaltet. D.h. alle Gruppen-Ergebnisse wurden zum Abschluss noch einmal kritisch im Plenum diskutiert und gegebenenfalls ergänzt.

Die Ergebnisse dienen auch der eigenen Weiterentwicklung der einzelnen IBs. Manche nutzten dies bereits und setzten einzelne – intern zu regelnde – Punkte in die Tat um, z.B. Patenschaften für die Einarbeitung neuer Mitglieder oder Überlegungen zu informellen Treffen.

Das Fundament

Die Motivation der einzelnen IB-Mitglieder ist die tragende Säule eines jeden IBs. Ob aus eigener Betroffenheit, dem Wunsch anderen Menschen zu helfen, Einheimische und Zugewanderte zusammen zu bringen, sein Umfeld friedvoll mitzugestalten, den eigenen Horizont zu erweitern, Kritik an nicht ausreichender Integrationspolitik zu äußern, populistischen Tendenzen etwas entgegenzusetzen – so facettenreich die Motive sind, so selbstverständlich ist für viele dieses Ehrenamt. Doch inhaltliche Veränderungen, wie die teilweise als zu stark empfundene Nutzung der IBs für „reine Flüchtlingsarbeit“ zu Lasten der ursprünglichen Migrationsarbeit für alle Gruppen wird von einigen Mitgliedern kritisch gesehen. Hinzu kommen für sehr viele Mitglieder sich hinziehende Sitzungen, einengende strukturelle Vorgaben, mangelnde Wahrnehmung und Wertschätzung seitens der Politik, die diese Säulen gefährden können.

IB-Mitglieder möchten auch in ihrer Expertise gefragt und wertgeschätzt werden, auch auf politischen Ebenen, und einen größeren Gestaltungsspielraum haben.

Sie möchten auch längerfristige, nachhaltige Themen bearbeiten, dafür Fortbildungen erhalten und sich untereinander besser vernetzen. Hierzu benötigen sie entsprechende Strukturen und Rahmenbedingungen, insbesondere Unterstützung beim Zugang zur Zielgruppe und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Schwierig in allen IBs ist die unregelmäßige Teilnahme einzelner IB-Mitglieder. Nötig erscheinen ihnen daher erhöhter informeller Austausch, Teambuildingmaßnahmen, Alternativen in der Mitgliedergewinnung, -anzahl und -zusammensetzung sowie, wenn erforderlich, Ausschlussmöglichkeiten.

Stadtbezirksspezifische Besonderheiten

Stadtbezirke sind unterschiedlich hinsichtlich Größe, Anteil von Menschen mit Migrationsbiographien usw. Dies spiegelt sich in den einzelnen IBs, ihren Projekten und Arbeitsbedingungen wieder. So waren in einigen IBs Aspekte wie zu geringe Etats, Aufwandsentschädigungen für Mitglieder, hohe Fluktuation der Mitglieder und Lagerraum für Materialien zentrale Themen, in anderen IBs weniger.

Perspektivische Gedanken

Jüngere, nachfolgende Generationen sind in den IBs weniger repräsentiert. Dies kann an anderen von ihnen bevorzugteren Arbeitsformen (kurzfristige Bindung, Engagement in einzelnen Projekten) liegen. Aber auch daran, dass sich für viele die Frage nach Integration nicht mehr stellt, da sie sich längst als Teil der Gesellschaft verstehen und somit einen IB nicht (mehr) benötigen. Gleichwohl ziehen in die Stadtbezirke junge Menschen und Familien zu, die teilweise nicht erreicht werden. Von einigen wurde überlegt ob der Integrationsbegriff längerfristig auf Inklusion erweitert werden sollte, um alle Menschen (im Diversity-Sinne) zu erreichen.

Fazit

In mehreren IBs wurde klar benannt, dass es weniger um die Umsetzung einzelner Aspekte geht, sondern dass das Konzept der IBs insgesamt neu durchdacht und koordiniert werden müsste, um damit auch der sich stetig verändernden Stadtgesellschaft besser gerecht zu werden bzw. effektiver arbeiten zu können.

Wie sehen sich IB-Mitglieder selbst? Sie schaffen es z.B. verschiedenste kulturelle Zutaten in ihrem Stadtbezirk zu vereinen. (Workshopzeichnung aus dem IB Döhren-Wülfel)



Die Mitglieder des Integrationsbeirates Herrenhausen-Stöcken vor einigen ihrer Arbeitsergebnissen.



Allgemeine Ergebnisse

Ein von allen IBs benannter Aspekt ist der mangelnde Bekanntheitsgrad im Stadtbezirk – auch bei Menschen mit Migrationsbiographie, teilweise auch bei Migrant*innenselbstorganisationen. Es werden oft wenig Projektanträge gestellt und es sind zudem wenig Migrant*innen in den IBs selbst vertreten (die Bedeutung der IBs ist teilweise unklar).

Ausschließlich in Sitzungen teilweise wenig nachhaltige, beantragte Projekte zu bewilligen, ist zudem nicht allein das, was sich die IB-Mitglieder mehrheitlich wünschen.

Unsere wichtigsten Empfehlungen für den LIP 2.0

Mit den Integrationsbeiräten existiert ein einmaliges Instrument, das mit Fachkompetenz und persönlichem Engagement zahlreiche Projekte in der Stadtgesellschaft ermöglicht und damit Ziele des LIP maßgeblich umgesetzt hat. Für eine erfolgreiche Weiterarbeit dieses und anderer Instrumente sind Neugestaltungen erforderlich.

1. Zusammensetzung, Struktur und Koordination der IBs aber auch anderer Gremien/Projekte überdenken, insbesondere bezüglich stärkerer Beteiligung von Migrant*innen, perspektivisch flexible Gestaltungen ermöglichen.
2. Verbesserung der Wahrnehmung, Wertschätzung und Vernetzung durch und von Politik, Institutionen und Stadtgesellschaft.
3. Kontinuierliche stadtweite gemeinsame Entwicklung längerfristiger inhaltlicher Ziele.
4. Professionelle Unterstützung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, auch neuer Medien.
5. Eigenständigkeit, Spielraum, Etats für eigene Projekte.
6. Gemeinsame Fortbildungen und mehr Austausch.
7. Aktives Zugehen auf und Einbeziehung von Zugewanderten, Perspektivenwechsel, (was wünschen sie?!), im Rahmen von Integrationskursen, Rucksackgruppen, Besuchen von Flüchtlingsunterkünften, MiSos usw.
8. Alternative Formen der Beteiligung zu klassischen Sitzungen und einzureichenden Projektanträgen.
9. Anreize für jüngere Teilnehmende (im Rahmen von Politikunterricht, Schulprojekten, Schulvertretungen, Ausbildungspraktika, Uni-Kooperationen, FSJ o.ä.).

Ohne LIP kein GFZ, ohne GFZ weniger integrative Projekte

SchMitt e.V. – Schönes Mittelfeld

Karlsruher Straße 2c, 30519 Hannover – Mittelfeld
Tel. 0511 – 9822146 Mail graetsch@schmitt-ev.de
Fax 0511 – 8985635

SchMitt e.V. ist ein Stadtteilträgerverein, der im Jahr 2001 gegründet wurde als wichtiger Baustein zur Sicherung der Nachhaltigkeit nach dem Auslaufen des Projektes „Soziale Stadt“ in Hannover - Mittelfeld.

„GFZ – Projekte, Impulse für integrative Entwicklungen“

In diesem Projekt erfolgte eine bewertende Rückschau auf vier Projektteilnahmen von SchMitt e.V. im Rahmen des GFZ zwischen 2009 und 2017. Gemeinsam mit den anderen Akteuren im Stadtteil wurde erarbeitet, welche Ziele erreicht wurden und wie zukünftig im Rahmen des LIP durch GFZ-Projekte weitere integrative Aktivitäten noch besser und nachhaltiger gestaltet werden können.

Ohne LIP kein GFZ, ohne GFZ weniger integrative Projekte in Hannover, so könnte unser Fazit lauten nach zehn Jahren integrativer Projektarbeit im Rahmen des GFZ Hannover.

SchMitte.v.
Schönes Mittelfeld
Bildung·Integration·Begegnung

„Gemeinsam geht es besser“

Unter diesem Titel wurde in den Jahren 2009 und 2010 im Rahmen des 1. GFZ ein internationales Seniorenprojekt im Stadtteil Mittelfeld von SchMitt e.V. als Projektträger geplant und durchgeführt. Ziel war es, mit den vier Bausteinen Gesundheit, Kultur, Kommunikation und Mobilität die Lebenssituation von Senior/Innen insbesondere mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern. In Kooperation vieler Akteure im Stadtteil entstanden seniorengerechte Angebote im Gesundheitsbereich, ein Shuttleservice zum Wochenmarkt, ein Chor, ein wöchentliches Aufenthaltsangebot und vieles mehr. Alle diese Aktivitäten entstanden mit hohem ehrenamtlichen Engagement, es zeigte sich aber, dass eine Nachhaltigkeit ohne ein Mindestmaß an professionellen Strukturen nicht erreicht werden kann. Projekte sind ein guter Startschuss, aber Verstetigung braucht mehr! **Gute Ideen brauchen Mut und Projekte, Nachhaltigkeit braucht verlässliche Strukturen!**

„Willkommen sein in Mittelfeld“

Lebensqualität ist ein Schlagwort in aller Munde, wie aber wird sie von den BewohnerInnen des Stadtteils erlebt, von denen, die schon lange da sind und von den nach Mittelfeld neu Zugewanderten? Was heißt „Willkommen sein“ im Alltag? Das zweite Projekt von SchMitt e.V. suchte Antworten auf diese Frage und Lösungen insbesondere für Frauen, die trotz längerer Zeit im Stadtteil nicht wirklich „angekommen“ waren. Schwerpunkt waren die Bausteine Mobilität, Kultur und die Gestaltung des eigenen Lebensraumes. Mit ganz unterschiedlichen Akzenten wie Radfahren lernen, einen Schwimmkurs besuchen, einen Treffpunkt im Stadtteil mit neuen Ideen attraktiver zu machen wurde bei vielen aus dem „Ich“ ein „Wir“. Etwas selber mitzugestalten heißt auch sich verantwortlich zu fühlen, dabei zu sein, „willkommen zu sein“. Denn: **Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!**

„70 Jahre Zuwanderung“ Eine Spurensuche im Stadtteil Mittelfeld

„Erfolgreich durch Vielfalt“



Mehr als 70 Jahre prägt Zuwanderung den Stadtteil Hannover-Mittelfeld. Nach den Heimatvertriebenen des 2. Weltkriegs, den Gastarbeitern, den Deutschen aus Russland sind es seit vielen Jahren Asylsuchende und Geflüchtete, die in Mittelfeld eine neue Heimat suchen. Und auch finden? Eine Wanderausstellung, von SchMitt e.V. konzipiert, dokumentiert die ständige Veränderung und macht deutlich, dass Heimat heute überall sein kann und nicht mehr ortsgebunden ist. Ein Rückzug auf die Tradition führt schnell zu „closed shops“, einem Neben- und nicht einem Miteinander. Bilder sind emotionaler und universaler als Worte, deshalb ist eine Ausstellung ein gutes Medium, sie löst Reaktionen aus und damit eine Auseinandersetzung. Integrative Projekte können und müssen hier ansetzen und ein Miteinander erreichen, das von Toleranz und Offenheit geprägt ist und nicht von Verklärung der Tradition, **Bilder können leichter verbinden als Sprache, nutzen wir sie!**

„Das Bildungsnetz Mittelfeld“

Kooperation ist ein entscheidender Eckpfeiler von erfolgreicher Bildungsarbeit und Integration. Im Stadtteil Mittelfeld hat sich deshalb vor mehr als 10 Jahren das Bildungsnetz Mittelfeld gegründet. Im GFZ-Projekt „Erfolgreich durch Vielfalt“ wurde die Zusammenarbeit innerhalb des Bildungsnetzes in vier Arbeitsgruppen intensiviert: Kultur, Sprache, Vernetzung und Ehrenamt. So entstand ein tragfähiges Fundament für die weitere Arbeit miteinander und die Zusammenarbeit vor allem mit den BewohnerInnen des Stadtteils. Dies wurde mit niederschweligen Aktionen und Angeboten im Stadtteil erreicht, insbesondere die Kapitel 1, 3 und 4 aus dem „Lokalen Integrationsplan“ (LIP) wurden hier mit Leben gefüllt. Aus Kooperationen entsteht die Nachhaltigkeit, die für erfolgreiche Arbeit im Stadtteil unerlässlich ist.

Nähe entsteht nicht aus dem großen Sprung, sondern aus vielen kleinen Schritten!

„Die ganze Welt in Mittelfeld“



Unser Tipp für den LIP (2.0):

1. Integration muss aus dem „Nebeneinander“ ein „Miteinander“ machen! Deshalb ist Integration auch keine „Einbahnstraße“, sondern erfordert den Willen zum „Loslassen“ und die Bereitschaft zu Neuem von beiden Seiten! Dies muss der LIP widerspiegeln.

2. Verständnis ist der Schlüssel zu einem respektvollen und gewaltfreien Miteinander. Wer versucht, andere Menschen zu verstehen, ist bereit, sein Verhalten und eigene Vorstellungen in Frage zu stellen und damit offen zu sein für Neues. Diese Offenheit, Verständnis füreinander und die Bereitschaft zum Dialog müssen die Projekte des LIP immer wieder wecken! Nur das ist der Weg der Frieden sichern kann!

3. Frieden braucht Bildung! Bildung lässt wichtige Zusammenhänge deutlich werden, sie verändert den Blickwinkel und die Einstellungen und sie lässt so Toleranz entstehen. Gute Bildung ist unverzichtbar, um in einer immer komplexeren Welt die Gefahr der „einfachen Lösungen“ zu erkennen und Gewalt nicht als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ zu sehen. Die Vermittlung von Bildung in allen Formen und Facetten ist ein unverzichtbarer Bestandteil aller Projekte des LIP!!

4. Und schließlich müssen Projekte Spaß und Freude auslösen, um so Verhaltensänderungen und Lernerfolge auch „spielerisch“ zu erreichen. Lernen ist so wichtig, aber bei aller Theorie nie vergessen: **Begeisterung bringt Augen zum Leuchten!**



Landeshauptstadt

Hannover

Gesellschaftsfonds
Zusammenleben (GFZ)

XI. Ideenwettbewerb
„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler
Integrationsplan – Wie soll
es weitergehen?“

Die Expert*innengruppen stehen in den Startlöchern

Der LIP hat seit 2008 das Stadtleben nachhaltig positiv geprägt, gleichwohl muss er dringend überarbeitet werden, um ihn an die heutige gesamtgesellschaftliche Situation anzupassen. So wie der ursprüngliche Entwurf des LIP kann auch seine Überarbeitung nur unter Beteiligung der Stadtgesellschaft stattfinden. Deshalb wird für jedes der sechs Handlungsfelder eine Expert*innengruppe gebildet, die jeweils zu gleichen Teilen mit Fachleuten aus der Verwaltung und solchen aus der Zivilgesellschaft besteht. Als ein Ergebnis der Auftaktveranstaltung vom 17./18. Januar 2020 hat sich zudem eine zusätzliche Expert*innengruppe von Jugendlichen gebildet, sodass ein siebtes Handlungsfeld „Jugend“ dazu gekommen ist.

Expert*innengruppen

Die Expert*innen sind zuständig für die inhaltliche Arbeit in ihren jeweiligen Handlungsfeldern. Weil sich manche Themen überschneiden, ist ein regelmäßiger Austausch unter den Gruppen geplant. Die durch die Expert*innen erarbeiteten Entwürfe werden der Lenkungsgruppe vorgelegt. Die Lenkungsgruppe (LG) ist das oberste Steuerungsgremium im LIP 2.0-Prozess. Sie besteht zu gleichen Teilen aus Führungskräften der Verwaltung sowie Vertreter*innen wichtiger Akteure der Stadtgesellschaft wie z.B. Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften oder Migrant*innenorganisationen. Die LG prüft die Vorlagen der Expert*innengruppen und nimmt auch die schriftlichen Einschätzungen der Integrationsbeiräte und des Runden Tisches für Gleichberechtigung und gegen Rassismus entgegen. Im Bedarfsfall spielt sie einzelnen Passagen zurück in die Expert*innengruppen mit der Bitte um Überarbeitung, bevor das Endergebnis dem Rat der Stadt zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt wird.

Nächster Schritt: Strategiepapier

Bis Anfang Mai entwerfen die Expert*innengruppen auf diese Weise zunächst ein Strategiepapier, das der Internationale Ausschuss des Rates auf einer eigens hierfür angesetzten Klausurtagung am 9. Mai 2020 diskutieren wird. Stimmt der Ausschuss dem Strategiepapier zu, fangen die Gruppen an, auf dieser Grundlage einen konkreten Ziel- und Maßnahmenkatalog zu entwickeln, der Anfang 2021 beschlussreif sein soll.

So können Sie sich beteiligen

Im März startet ein Online-Beteiligungsformat, mit dem alle Interessierten ihre Ideen und Anregungen äußern können, die dann den Expert*innengruppen vorgelegt werden. Zusätzlich findet am 24. April 2020 eine große öffentliche Veranstaltung als weitere Möglichkeit zur Beteiligung statt. Über all diese Möglichkeiten wird ausführlich auf der städtischen Internetseite (hannover.de/lip2.0) und auf Facebook (facebook.com/MigrationTeilhabeHannover) informiert.



© DNK Photo Studio



Posterpräsentation während der LIP-Auftaktveranstaltung am 17.1.2020

© Landeshauptstadt Hannover

Landeshauptstadt

Hannover

Dienstgebäude
Internet
Facebook

Fachbereich Soziales
Bereich Migration und
Integration

Blumenauer Straße 5-7 | 30499 Hannover
www.hannover.de/LIP2.0
www.facebook.com/MigrationTeilhabeHannover